Edgar Dahl

Warum sie Hitler folgten

Impressum

1.Auflage, April 2017

Deutsche Erstausgabe

Covergestaltung: Nikolaus Bettinger
Printed in Germany
ISBN: 978-3-947002-27-6

Des Historikers erste Pflicht

ist die Wahrheit,

die ganze Wahrheit,

und wer bloß die halbe Wahrheit sagt,

ist schon ein ganzer Lügner.

Wilhelm Heinrich Riehl

Inhalt

Vorwort

Wie konnte ein so zivilisiertes und kultiviertes Land wie Deutschland – ein Land, das Johann Sebastian Bach, Immanuel Kant, Johann Wolfgang von Goethe, Ludwig van Beethoven und Albert Einstein hervorbrachte – einer verbrecherischen Kreatur wie Hitler folgen und in einen Krieg ziehen, der mehr als 50 Millionen Menschen das Leben kostete?

Diese Frage dürfte sich sehr wahrscheinlich jeder Leser in der einen oder anderen Form bereits einmal vorgelegt haben. Welche Bilder wir in Geschichtsbüchern, Dokumentationen oder Spielfilmen auch immer vor Augen geführt bekommen – seien es die brennenden Synagogen von Berlin, die Massenerschießungen von Babi Yar oder die rauchenden Schornsteine der Krematorien von

Auschwitz –, jedes Mal stellt sich aufs Neue die Frage: Wie konnte dies nur geschehen?

Wer auf diese Frage eine ehrliche und überzeugende Antwort sucht, wird jedoch in aller Regel enttäuscht. Ob in der Schule, im Fernsehen oder in den Büchern, überall bekommen wir Erklärungen vorgeführt, die uns zumeist nur noch verständnisloser zurück lassen.

Da sehen wir etwa einen geifernden, wild gestikulierenden Adolf Hitler, der wutentbrannte Reden schwingt, in dener er offenbar düstere Drohungen ausspricht und unverhohlen zum Rassenkampf aufruft. Ich sage „offenbar", weil wir für gewöhnlich noch nicht einmal die Worte verstehen, die er in seinem Zorn von sich gibt. Und genauso unverständlich wie seine Reden bleiben uns auch die Reaktionen des ihm lauschenden Volkes – die ihm entgegengestreckten Arme der Männer und die tränenerfüllten Augen der Frauen. Nachdem man etwa

ein Dutzend solcher Dokumentationen gesehen hat, drängt sich allmählich der Verdacht auf, dass die vermeintlich zur Aufklärung gedachten Sendungen auch gar nicht den Zweck verfolgen, uns das Geschehene verständlich zu machen. Man gewinnt mehr und mehr den Eindruck, dass sie es geradezu darauf anlegen, uns ratlos und kopfschüttelnd zurück zu lassen.

Es scheint, als ließen sich Guido Knopp & Co. von der vollkommen ungerechtfertigten Befürchtung leiten, dass „alles verstehen, alles vergeben“ bedeute. Sie haben Angst, die wahren geschichtlichen Zusammenhänge darzustellen, weil sie befürchten, dass wir der Kriegsgeneration zu viel Verständnis entgegenbringen und ihnen ihr Verhalten womöglich verzeihen könnten. In ihren Augen kommt es dagegen vor allem darauf an, die Erinnerung an die Verbrechen „der“ Deutschen und „unsere“ Schuld wach zu halten. Nun, dies mag Volkspädagogik sein, Geschichtswissenschaft ist es jedoch nicht.

In dem Eindruck, dass es in erster Linie um Volkspädagogik geht, wird man noch bestärkt, wenn man sieht, mit welchen Erklärungen die Zuschauer abgefertigt werden. Stark vereinfacht, laufen fast alle Beiträge auf die Behauptung hinaus, dass Hitler die Welt erobern und die Juden ausrotten wollte. Obgleich den Deutschen dieses Ziel wohl bekannt gewesen sei, haben sie die Nationalsozialisten dennoch zur Macht kommen lassen, ja, seien ihnen in taumelnder Begeisterung und blindem Gehorsam gefolgt.

Jedem Zuschauer, der sich während seiner Schulzeit einer Gehirnwäsche entziehen konnte, dürfte jedoch klar sein, dass dies Unsinn ist. Warum sollte sich die deutsche Bevölkerung, die gerade erst den Ersten Weltkrieg überstanden hat, nach einem Zweiten Weltkrieg sehnen? Warum sollten sich Frankreich, England und Amerika über Jahre hinweg den Wiederaufbau Deutschlands mitansehen, wenn sie allezeit wussten, dass Hitler nichts ande-

res als die Eroberung der Welt und die Ausrottung der Juden im Schilde führte? Und warum sollten sie in einem erneuten Krieg Millionen eigener Soldaten opfern, wenn sie einen von Hitler offen angekündigten „Weltenbrand“ 1933 doch ohne große Mühe im Keime hätten ersticken können?

Auch die Behauptung, dass die von Joseph Goebbels und Albert Speer inszenierten Auftritte Hitlers und die Fackelzüge der SA den Verstand der Bevölkerung vernebelten und das gesamte Volk zur Entfesselung eines neuen Krieges und zur Ermordung der Juden verführten, macht einfach keinen Sinn. Die Menschen mögen leichtgläubig und mitunter sogar dumm sein, doch nur selten sind sie so dumm, dass sie sich bewusst einer offenkundig selbstmörderischen Mission hingeben.

Einer der wenigen Autoren, der die Entstehung des Dritten Reiches und das Verhalten der deutschen Bevölkerung recht gut zu erklären wusste, war Se-

bastian Haffner. In seinem ausgezeichneten Buch „Anmerkungen zu Hitler“ versetzt er seine Leser in die damalige Situation der Deutschen. Indem er sie auf die Schmach von Versailles, die Weltwirtschaftskrise und das politische Chaos der Weimarer Republik aufmerksam macht, beginnen die Leser ein Gefühl dafür zu entwickeln, warum die Deutschen 1933 bereit waren, es mit den Nazis zu versuchen. Und indem er sich nicht scheut, buchstäblich auch die „Verdienste“, „Leistungen“ und „Erfolge“ Adolf Hitlers herauszustreichen, begreifen die Leser auch, warum ihm Jahr für Jahr mehr und mehr Menschen zuliefen.

Wie Haffners Buch, so will auch dieses Buch verständlich machen, was die deutsche Kriegsgeneration in die Arme Hitlers getrieben hat. Auch mir muss daher daran gelegen sein, dass die Leser die Geschichte des Zweiten Weltkrieges nicht, wie es nur zu häufig geschieht, von seinem Ende, also vom

Holocaust her, betrachten, sondern sich in die Situation der damaligen Zeit hineinversetzen.

Wie Sebastian Haffner gezeigt hat, muss man keineswegs ein Historiker sein und die Leser mit einem akademischen Anmerkungsapparat erschlagen, um komplizierte geschichtliche Ereignisse verständlich zu machen und in einfachen Worten darzustellen. Außer einigen Empfehlungen zum Weiterlesen enthält dieses Buch daher auch keine Fußnoten oder was auch immer die Bücher professioneller Historiker auszeichnen mag.

Der Untertitel dieses Buches – „Die andere Hälfte der Wahrheit" – ist durchaus wörtlich zu verstehen. Unser Geschichtsbild leidet nämlich nicht so sehr unter der bewussten Verbreitung der Unwahrheit, als vielmehr unter der gezielten Unterschlagung der vollständigen Wahrheit. Um ein einfaches Beispiel zu nehmen: Man kann den „deutschen Boykott jüdischer Waren" vom 1. April 1933 nicht wirklich ver-

stehen, wenn man verschweigt, dass er eine Reaktion auf den „jüdischen Boykott deutscher Waren“ darstellte.

Ich hoffe, dass mein Buch „Warum sie Hitler folgten“ zur Aufklärung beitragen kann und dabei helfen wird, das Verhalten der damaligen deutschen Bevölkerung und die Entstehung des Zweiten Weltkrieges etwas besser zu verstehen.

Edgar Dahl Gießen im Frühjahr 2017

„Das Schanddiktat von Versailles“

In Deutschland sind wir es gewohnt von zwei Weltkriegen zu sprechen: Dem Ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918 und dem Zweiten Weltkrieg von 1939 bis 1945. Dies wird jedoch nicht überall so getan. In England sprechen beispielsweise nicht wenige vom „Zweiten Dreißigjährigen Krieg“. Sie fassen also beide Kriege zu einem einzigen zusammen. Tatsächlich gibt es gute Gründe, dies zu tun. Der Hauptgrund ist der, dass die Saat zum Zweiten Weltkrieg bereits am Ende des Ersten Weltkrieges gelegt worden ist, und zwar mit dem so genannten „Friedensvertrag von Versailles“. Um zu verstehen, wie Hitler an die Macht kommen konnte, muss man daher einen kurzen Blick auf die Situation werfen, in der sich Deutschland nach der Beendigung des Ersten Weltkrieges befand.

Als sich das Deutsche Reich dazu entschloss, am 11. November 1918 die Waffen niederzulegen und damit den Ersten Weltkrieg zu beenden, tat es dies im Vertrauen auf die Umsetzung des so genannten „14-Punkte-Plans“ des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Dieser am 8. Januar 1918 verkündete Plan sah vor, dass das geschlagene Deutschland belgisches und russisches Gebiet räumt, Elsaß und Lothringen an Frankreich abtritt und sich gewissen Rüstungsbeschränkungen unterwirft.

Der Friedensvertrag, der den Deutschen dann am 7. Mai 1919 vorgelegt wurde, hatte jedoch kaum noch etwas mit dem 14-Punkte-Plan von Woodrow Wilson zu tun. Die Forderungen, die Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten plötzlich an Deutschland erhoben, waren nicht nur unsagbar hart, sondern auch nachweislich ungerecht.

Der Versailler Vertrag raubte Deutschland ein Achtel seines Gebietes und ein Zehntel seiner Bevölkerung. Elsaß und Lothringen mussten an Frankreich abgetreten werden. Posen und Westpreußen gingen an Polen. Das Memelland an Litauen. Das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei. Nordschleswig an Dänemark. Eupen und Malmedy an Belgien. Das Saarland geriet unter die Kontrolle Frankreichs. Und Danzig wurde dem Völkerbund unterstellt.

Die Kolonien – Deutschland war damals die drittgrößte Kolonialmacht der Welt – teilten Großbritannien, Frankreich, Südafrika, Australien, Neuseeland und Japan unter sich auf. Der größte Teil der deutschen Handelsflotte musste an die Siegermächte ausgeliefert werden. Und die deutschen Streitkräfte wurden auf 100.000 Mann im Heer und 15.000 Mann in der Marine begrenzt.

All diese Verluste wären vielleicht zu verschmerzen gewesen. Doch die Alliierten gingen noch einen erheblichen Schritt weiter, indem sie Deutschland bewusst demütigten und zu dem vollkommen ungerechtfertigten Bekenntnis zwangen, die alleinige Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu tragen.

Dieser Frieden war unannehmbar. Die deutsche Delegation, zu der unter anderem auch der bekannte Soziologe Max Weber gehörte, weigerte sich denn auch, den Vertrag zu unterzeichnen. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Philipp Scheidemann trat sogleich aus seinem Amt zurück. Er begründete diesen Schritt mit den Worten: „Welche Hand müsste nicht verdorren, die uns in solche Fesseln legte?“ Und Friedrich Ebert, ebenfalls Sozialdemokrat, kommentierte den Versailler Friedensvertrag mit einer Weissagung, die sich schon bald erfüllen sollte: „Gewalt ohne Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden. Aus solchem auf-

gezwungenen Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und in der Geschichte neues Morden erwachsen."

Auch viele Alliierte sahen die Ungerechtigkeit und das Gefahrenpotenzial des Versailler Friedens. So sagte der französische Marschall Ferdinand Foch: „Das ist kein Friede. Das ist ein Waffenstillstand für 20 Jahre." Der britische Premierminister Sir David Lloyd George bemerkte: „Ungerechtigkeit und Anmaßung, ausgespielt in der Stunde des Triumphes, werden nie vergeben und vergessen werden. Ich kann kaum eine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg erblicken." Und der italienische Ministerpräsident Francesco Nitti erklärte: „Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden. Und dies und nichts anderes ist der Vertrag von Versailles."

Der Diplomat William C. Bullitt, der zur amerikanischen Delegation in Versailles gehörte, bat am 17. Mai 1919 um seine Abberufung aus der Konferenz, indem er Präsident Wilson erklärte: „Ich halte es für meine Pflicht der eigenen Regierung und dem eigenen Volk gegenüber zu raten, diesen ungerechten Vertrag weder zu unterschrieben noch zu ratifizieren.“ Tatsächlich hat sich der amerikanische Senat geweigert, den Versailler Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Aus Protest gegen die Friedensbestimmungen entschloss sich Admiral Ludwig von Reuter am 19. Juni 1919, seine Flotte lieber selbst zu versenken, als sie den Briten auszuliefern. Als er seine Großlinienschiffe, Kreuzer und Torpedoboote an der schottischen Küste vor Scapa Flow auf den Meeresgrund beförderte, wurde er überall in Deutschland als Held gefeiert.

Doch letztlich hatte Deutschland keine Wahl. Es musste den Friedensvertrag von Versailles unterschreiben. Großbritannien hatte gleich zu Beginn des Krieges eine Seeblockade errichtet, um Deutschland von seiner Nahrungsmittelzufuhr abzuschneiden. Wie der spätere Premierminister Winston Churchill verkündete, sei es sein erklärtes Ziel gewesen, „die gesamte Bevölkerung – Männer, Frauen und Kinder – solange hungern zu lassen, bis sich Deutschland unterwirft." Obgleich die Deutschen ihre Waffen bereits am 11. November 1918 niedergelegt hatten, setzten England und Amerika die Hungerblockade noch bis zum 12. Juli 1919 fort.

Der spätere amerikanische Präsident Herbert Hoover legte Protest gegen diese Hungerblockade ein. Es entspreche nicht der amerikanischen Art, „einem Besiegten noch einen Fußtritt in den Magen zu versetzen. Wir haben nicht gegen Frauen und Kinder gekämpft und werden jetzt nicht damit anfangen. Völker", sagte er, „können die Unbilden eines Krie-

ges philosophisch ertragen. Aber wenn sie die Waffen niederlegen und im festen Vertrauen darauf, dass ihre Frauen und Kinder zu essen haben werden, sich ergeben, und wenn sie dann finden müssen, dass diese schlimmste Angriffswelle weiter gegen sie angewendet wird – dann erlischt der Hass niemals." Doch der Kongress lehnte seine Bitte um eine Linderung der Hungersnot in Deutschland ab. Schätzungen zufolge sollen nahezu 1 Million Menschen im Zuge der Blockade umgekommen sein.

Doch es sollte noch schlimmer kommen. Nachdem Deutschland den Versailler Friedensvertrag am 28. Juni 1919 widerwillig unterzeichnet hatte, wurde ihm am 3. März 1921 noch eine horrende Wiedergutmachungszahlung in Höhe von 269 Milliarden Goldmark auferlegt. Diese Summe entspricht heute etwa 500 Milliarden Dollar. (Die letzte Zahlung dieser Reparationen erfolgte übrigens erst kürzlich, und zwar am 4. Oktober 2010.) Und dies, obwohl Präsident Wilson am 1. Februar 1918 vor aller Welt

feierlich verkündete, dass es „keine Annexionen und keine Reparationszahlungen geben wird.“

Angesichts seiner Gebietsabtretungen und des damit verbundenen Verlustes seiner Industriereviere sah sich Deutschland außerstande, seinen Zahlungsverpflichtungen regelmäßig nachzukommen. Die Alliierten blieben jedoch unbeeindruckt. Als Deutschland 1921 und 1923 keine Zahlungen leisten konnte, besetzten die Franzosen kurzerhand das Ruhrgebiet mit ihren Truppen. Alle Kohle, die im Ruhrgebiet gefördert wurde, ist sogleich nach Frankreich abtransportiert worden. Die frierenden Menschen im Ruhrpott, die ja gewissermaßen auf Kohle lebten, dürften sich in dieser Zeit des Deutsch-Französischen Krieges von 1870 – 1871 erinnert haben. Obgleich der Sieger damals Deutschland hieß, hat es Frankreich damals doch weder seiner Armee noch seiner Kolonien, geschweige denn seiner Goldreserven beraubt.

Um die Reparationen zahlen zu können, sah sich Deutschland gezwungen, Kredite bei amerikanischen Banken aufzunehmen. Als am 24. Oktober 1929, dem „schwarzen Freitag", die Börsenkurse abstürzten und es zur Weltwirtschaftskrise kam, bestanden die Banken jedoch auf einer sofortigen Rückzahlung ihrer Kredite. Die Folge war, dass zahllose deutsche Firmen in Konkurs gingen und zahllose deutsche Arbeiter plötzlich auf der Straße standen. Im Winter 1931 überschritt die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland erstmals die Marke von 6 Millionen Menschen.

Der Frieden von Versailles sollte „die Welt für die Demokratie" sicher machen. Dank seiner ungerechtfertigten und gnadenlosen Bestimmungen führte er jedoch nur dazu, dass die neue Weimarer Republik nie eine wirkliche Chance erhalten sollte. Denn das „Schanddiktat von Versailles", die Abtretung ganzer Provinzen, die Vertreibung von Millionen von Menschen, die Hungersnot, die Reparatio-

nen, die Inflation, die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit wurden der neuen Regierung zur Last gelegt.

Da man die Weimarer Republik zunehmend als unfähig betrachtete, Deutschland aus seiner Not zu befreien, gewannen radikale Strömungen Zulauf. Den größten Zuwachs hatten die Arbeiterparteien – die Kommunistische Partei Deutschlands und die Nationalsozialistische Partei Deutschlands. Bei allen Unterschieden hatten beide Parteien doch zumindest eines gemeinsam: Die Befreiung von den „Fesseln von Versailles". So hieß es beispielsweise im Zentralorgan der KPD, der „Roten Fahne", am 24. August 1930 ganz unmissverständlich: „Wir geloben feierlich, dass wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden."

Mit dem Aufstieg radikaler Parteien bildeten sich regelrechte Kampforganisationen heraus, wie etwa der „Stahlhelm“, das „Reichsbanner“, die „Eiserne Front“, der „Rote Frontkämpferbund“ und natürlich die „Sturmabteilung“ oder SA der NSDAP. Diese paramilitärischen Einheiten lieferten sich nahezu täglich Straßenschlachten, bei denen nicht nur Mitglieder der Kampforganisationen, sondern auch Zivilisten verletzt wurden oder gar ums Leben kamen.

All dies – die Verelendung breiter Massen, die bürgerkriegsähnlichen Zustände auf den Straßen, die Politikverdrossenheit nach 16 Regierungswechseln, das politische Chaos von 38 aufeinander schimpfenden Parteien –, all dies nährte die Sehnsucht nach einem starken Mann, der die Deutschen wieder in Lohn und Brot bringen, die „Schmach von Versailles“ austilgen und eine „nationale Wiedergeburt“ versprechen würde.

Lady Astor hatte also keineswegs unrecht, als sie während eines Diners in London auf die Frage „Wo ist Hitler eigentlich zur Welt gekommen?“ kurz und knapp antwortete: „In Versailles.“

„Wir wählen Hitler“

In seinem berühmten Buch „Hitler: Eine Biographie“ schreibt Joachim Fest: „Wenn Hitler 1938 einem Attentat zum Opfer gefallen wäre, würden nur wenige zögern, ihn einen der größten Staatsmänner der Deutschen, vielleicht den Vollender ihrer Geschichte, zu nennen.“

Bei diesen Worten werden viele Leser vermutlich erst einmal schlucken müssen. Hitler ein großer Staatsmann? Wie kann man so etwas nur behaupten? Hitler war doch der leibhaftige Teufel, die Inkarnation des Bösen, der Fluch der Menschheit! Er hat die Welt mit Krieg überzogen und Millionen von Juden ermordet! Wie kann man da behaupten, dass er einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen sei?

Nun, zunächst einmal muss man berücksichtigen, dass Joachim Fest bewusst vom Jahre 1938 spricht. Er unterscheidet also zwischen zwei Phasen der Hitlerischen Politik. Da ist der Hitler, der Deutschland zwischen 1933 und 1938 wieder zu einer geachteten Nation und zur führenden Macht auf dem europäischen Kontinent gemacht hat. Und da ist der Hitler, der Deutschland zwischen 1939 und 1945 in den grausamsten Krieg der Weltgeschichte und letztlich in den Ruin geführt hat.

Es ist durchaus sinnvoll das „Tausendjährige Reich", das nur zwölf Jahre währen sollte, in zwei Abschnitte von je sechs Jahren zu teilen. Und Hitler hat in den ersten sechs Jahren tatsächlich mehr erreicht als alle 16 Regierungen der Weimarer Republik zusammengenommen.

Innerhalb von nur drei Jahren hat er die Arbeitslosigkeit beseitigt. Bei seinem Regierungsantritt am 30. Januar 1933 gab es über sechs Millionen Ar-

beitslose. Im Laufe des Jahres 1936 herrschte beinahe wieder Vollbeschäftigung in Deutschland. Im August 1939 waren gerade noch 34.000 Deutsche arbeitslos gemeldet.

Während die meisten Industriestaaten noch unter der Großen Depression litten, gelang Hitler ein Wirtschaftswunder. Er hat seine Bürger nicht nur in kürzester Zeit wieder in Lohn und Brot gebracht, sondern ihnen sogar eine gewisse wirtschaftliche Blüte beschert. Mit dieser Blüte, wich die alte Hoffnungslosigkeit einem neuen Selbstvertrauen. Plötzlich machte sich wieder Zuversicht im Volke breit.

Das klägliche Heer von 100.000 Mann, mit dem Deutschland seine Grenzen nicht einmal gegen Polen oder die Tschechoslowakei schützen konnte, wurde zu einer der stärksten Militärmächte Europas.

Mit einer modernen Armee im Rücken holte er zunächst das Saarland und das Rheinland, dann die Ostmark oder Österreich und schließlich das Sudetenland und das Memelland „heim ins Reich“. Kurz, wie versprochen, befreite er Deutschland von den Fesseln des Versailler Vertrags – und all dies ohne auch nur einen einzigen Tropfen Blut zu vergießen!

In seinen „Anmerkungen zu Hitler“ schreibt Sebastian Haffner: „Heute liegt den Jüngeren das ‚Wie konntet ihr?’, leicht auf der Zunge. Damals erforderte es aber ganz außerordentlichen Scharfblick, in Hitlers Leistungen und Erfolgen schon die verborgenen Wurzeln der künftigen Katastrophe zu erkennen. Hitlers bellende und geifernde Reden, die heute Ekel erzeugen, hatten damals oft einen Tatsachenhintergrund, der dem Hörer innerlich die Widerrede verschlug. Es war dieser Tatsachenhintergrund, der wirkte, nicht das Bellen und Geifern. Hier ist ein Auszug aus Hitlers Rede vom 28. April 1939:

‚Ich habe das Chaos in Deutschland überwunden, die Ordnung wiederhergestellt, die Produktion auf allen Gebieten unserer nationalen Wirtschaft ungeheuer gehoben. Es ist mir gelungen, die uns allen so zu Herzen gehenden sieben Millionen Erwerbslosen restlos wieder in nützliche Produktionen einzubauen. Ich habe das deutsche Volk nicht nur politisch geeint, sondern auch militärisch aufgerüstet, und ich habe weiter versucht, jenen Vertrag Blatt um Blatt zu beseitigen, der in seinen 488 Artikeln die gemeinste Vergewaltigung enthält, die jemals Völkern und Menschen zugemutet worden ist. Ich habe die uns 1919 geraubten Provinzen dem Reich zurückgegeben, ich habe Millionen von uns weggerissenen, tiefunglücklichen Deutschen wieder in die Heimat geführt, und ich habe mich bemüht, dies alles zu tun, ohne Blut zu vergießen und ohne meinem Volk oder anderen das Leid des Krieges zu zufügen.’

Ekelhafte Selbstbeweihräucherung. Lachhafter Stil (‚die uns allen so zu Herzen gehenden sieben Millionen Erwerbslosen'). Aber, zum Teufel, es stimmte ja alles."

Wie Haffner weiter schreibt, sind die Deutschen angesichts der Leistungen und Erfolge Hitlers nicht zu überzeugten Nationalsozialisten geworden, „aber sie wurden Hitleranhänger, Führergläubige. Und das waren auf dem Höhepunkt wohl mehr als 90 Prozent aller Deutschen."

Aber was ist mit der Verhaftung der Kommunisten und der Verfolgung der Juden? Wie Haffner berichtet, sind diese Maßnahmen von den meisten als ein notwendiges Übel betrachtet worden. Nachdem die Straßen von den einander bekriegenden Kampforganisationen befreit waren, herrschte endlich wieder Ruhe und Ordnung im Lande. Dass es hierzu erforderlich war, einige Zehntausend Kommunisten, wie etwa Ernst Thälmann, ins Konzentrations-

lager zu stecken, hat man daher billigend in Kauf genommen. Zudem: Anders als man unseren Kindern gerne glauben machen möchte, schossen die Konzentrationslager damals keineswegs wie Pilze aus dem Boden. 1933 ist lediglich das KZ Dachau entstanden, das 5.000 Häftlinge aufnehmen konnte. Das zweite KZ, Sachsenhausen, entstand erst 1936, und Buchenwald sogar erst 1937. Im Sommer 1939 befanden sich in ganz Deutschland nur etwa 20.000 Häftlinge in den KZ's, mehr als die Hälfte davon Kriminelle.

Auch die Maßnahmen gegen die Juden hielten sich bis 1938 in Grenzen. Sicher, es gab den Boykott jüdischer Geschäfte, der aber eher symbolische Bedeutung hatte; es gab das Berufsbeamtengesetz, in deren Folge jedoch nur etwa die Hälfte der 5.000 jüdischen Beamten wirklich ihrer Stellung enthoben wurden; und es gab natürlich die Nürnberger Rassengesetze, deren Wirkungen aber kaum spürbar waren, ja von einem Teil der etwa 500.000 in

Deutschland lebenden Juden sogar begrüßt wurden. Die systematische Deportation der Juden aus Deutschland begann erst am 17. September 1941 und das verpflichtende Tragen des Davidsterns wurde erst am 19. September 1941 angeordnet.

Kurz, 1933 gingen keineswegs die Lichter in Deutschland aus. Es war und blieb eines der ökonomisch, technologisch und intellektuell fortschrittlichsten Länder der Welt – ein Land, in dem auch Nobelpreisträger wie Max Planck, Werner Heisenberg oder Otto Hahn weiter ihrer Arbeit nachgingen.

Heute rümpfen Intellektuelle gerne herablassend ihre Nase, wenn von „Nazis“ die Rede ist. Sie tun so, als hätte die NSDAP lediglich Zulauf vom „Mob“ erhalten. In ihrer Selbstgerechtigkeit vergessen sie ganz, dass Hitler insbesondere unter den Intellektuellen große Sympathien fand. Wie der schottische Historiker Niall Ferguson denn auch deutlich her-

ausstellt, war „der Schlüssel zur Stärke des Dritten Reiches Hitlers Anziehungskraft auf die intellektuelle Elite, auf jene Leute mit Universitätsabschluss. […] Studenten, Rechtsanwälte und Ärzte waren in der NSDAP erheblich überrepräsentiert."

Angesichts seiner Leistungen und Erfolge hat Hitler nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland Beifall geerntet. Im September 1937 sagte Winston Churchill: „Man mag Hitlers System ablehnen, aber man kommt nicht umhin, seine patriotischen Leistungen zu bewundern. Sollte unser Land einmal besiegt werden, so hoffe ich, dass wir einen Vorkämpfer des gleichen Schlages finden, der imstande ist, unseren Mut neu zu beleben und uns auf den Platz zurückzuführen, der uns unter den Nationen gebührt."

Ganz ähnlich schrieb 1937 der einflussreiche britische Schriftsteller Sir Philip Hamilton Gibbs: „Gesetzt den Fall, unser englisches Volk hätte den Krieg

verloren, wäre der Hoheitsrechte über sein eigenes Land beraubt und dem Diktat fremder Mächte und einem verhassten Vertrag unterworfen worden, wir hätten genauso für unsere Wiedererstarkung und für die Wiedererlangung unserer alten Freiheiten gekämpft. Wir hätten genauso jedem Führer zugejubelt, der unseren Stolz wieder aufgerichtet und unsere Ketten zerbrochen hätte."

Auch der frühere Kriegspremier Sir David Lloyd George, der den „Führer" in Berchtesgaden besuchte, zeigte sich „fasziniert von Hitlers Persönlichkeit und seinen Manieren. Er ist tatsächlich ein großer Mann." Für Deutschland sei er „die Auferstehung und der Weg." Auf den Einwand, dass Deutschland aber doch eine Diktatur sei, antwortete er mit einer wegwerfenden Handbewegung: „Hitler hat Großes für sein Land geleistet. Er ist zweifellos ein großer Führer!" Und setzte schließlich hinzu: „Hitler ist der George Washington von Deutschland – der Mann,

der für sein Land die Unabhängigkeit von all seinen Unterdrückern gewonnen hat.“

Hitlers Deutschland war kein Rechtsstaat. Es war zweifellos eine Diktatur. Dennoch beinhaltete sie keineswegs das Ende jeder persönlichen Freiheit. Anders als in der Sowjetunion gab es beispielsweise keine Gleichschaltung der Presse. Heute glauben viele, man hätte damals nur noch den „Stürmer“ und den „Völkischen Beobachter“ lesen dürfen. Doch davon kann keine Rede sein. Die bürgerlichen Zeitungen, wie etwa die Deutsche Allgemeine Zeitung, das Berliner Tageblatt oder die Frankfurter Zeitung, existierten durchaus weiter und wurden auch keineswegs nazifiziert.

Gleiches galt für die Filmindustrie. Die antisemitischen Filme wie „Jud Süß“, „Die Rothschilds“ und „Der ewige Jude“ wurden erst 1940 nach dem Beginn des Krieges gedreht. Bis dahin produzierte die Ufa Spielfilme, die vor allem eine heile Welt

vorzugaukeln suchten. Am bekanntesten sind sicher noch die Filme mit Heinz Rühmann und Hans Albers. Hierzu gehörten zum Beispiel: „Wenn wir alle Engel wären“, „Kleider machen Leute“, „Der Mann, der Sherlock Holmes war“, „Quax, der Bruchpilot“, „Münchhausen“, „Große Freiheit Nr. 7“ und „Die Feuerzangenbowle“.

Marcel Reich-Ranicki, der trotz seiner jüdischen Abstammung 1938 noch sein Abitur am Berliner Fichte-Gymnasium ablegte, berichtet in seinen Erinnerungen „Mein Leben“ davon, wie er regelmäßig in das Schauspielhaus am Gendarmenmarkt gegangen ist, um dort den Aufführungen Wilhelm Furtwänglers zu lauschen und die Schauspielkunst Gustaf Gründgens zu bewundern.

Neben Marcel Reich-Ranickis Erinnerungen lohnt sich auch die Lektüre des von ihm herausgegebenen Buches „Meine Schulzeit im Dritten Reich: Erinnerungen deutscher Schriftsteller“. Darin wird eine

gewisse Ähnlichkeit der NS-Diktatur mit der SED-Diktatur deutlich. Wie der „Staatsbürgerkunde“-Unterricht unter Honecker, so wurde offenbar auch der „Rassenkunde“-Unterricht unter Hitler von den Jugendlichen nicht wirklich ernst genommen. So schreibt Reich-Ranicki etwa: „Nein, der Rassenkunde-Unterricht war in unserer Klasse nicht erfolgreich – zumal der schnellste Hundertmeter-Läufer und der beste Deutsch-Schüler Juden waren.“

Besonders beeindruckend ist die Feststellung von Horst Krüger, der damals auf das Grunewald-Gymnasium ging: „Die blutigste Epoche deutscher Geschichte, Hitlers Totentanz, fing, jedenfalls für die Mehrzahl der Bürgersöhne damals, harmlos an. Wir machten uns keine Sorgen. Keine Spur von politischer Angst. Es ist natürlich leicht, heute zu sagen: Aber die Rassengesetze, der Exodus all der jüdischen Klassenkameraden, der dann einsetzte – war das kein Menetekel, kein Signal für das große Morden, das dann später begann? Natürlich war es das,

objektiv und vom Ende her, gesehen. Die Ehrlichkeit aber zwingt mich zu sagen: Von uns Unbetroffenen wurde das so dramatisch gar nicht erfahren. Geschichte, wenn sie geschieht, ist eher trivial. Nur selten ist das Leben heroisch; meist ist es banal."

Für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung gerieten der Judenboykott und die Rassengesetze in den Hintergrund. Im Vordergrund standen die Erhöhung des steuerfreien Grundbetrags, die Senkung der Kosten für den Besuch höherer Schulen, die Einführung des Kindergeldes und die Erhöhung der Renten.

Nur allzu häufig wird vergessen, dass das Dritte Reich buchstäblich ein national*sozialistischer* Staat war. Ähnlich wie unter der SED-Diktatur wurden auch unter der NS-Diktatur eine Vielzahl sozialpolitischer Maßnahmen eingeführt, die vor allem den sozial Schwachen zu Gute kamen. Mit der Losung

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ wurde beispielsweise sogleich nach der Machtübernahme das „Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“ eingerichtet, das sicherstellen sollte, dass niemand mehr „hungern oder frieren“ muss.

Dank seines Erfolges wurde das Winterhilfswerk 1936 zu einer Dauereinrichtung erklärt: „Für alle Zeiten werden arm und reich, Jung und Alt zusammenwirken, um in jedem Winter als Zeugnis sozialistischer Solidarität der ganzen Nation denen zu helfen, die das Schicksal mit geringeren Gütern bedacht hat oder denen es die Arbeitsfähigkeit nahm.“

Ebenfalls schon 1933 wurden die so genannten „Ehestandsdarlehen“ eingeführt. Hierbei handelte es sich um zinslose Kredite in Höhe von 1.000 Reichsmark für frisch Verheiratete. Sie konnten in monatlichen Raten von jeweils nur 10 Mark abgezahlt werden. Mit der Geburt eines jeden Kindes wurden dem Paar darüber hinaus ein Viertel des

Kredites erlassen. Wenn ein Ehepaar also vier Kinder bekam, war das Ehestandsdarlehen sogleich getilgt.

Um die Familien weiter zu unterstützen, wurden jedes Jahr Tausende von Einfamilienhäusern mit kleinem Garten gebaut. Die Monatsmiete war gesetzlich vorgeschrieben und durfte für einen Arbeiter 26 Reichsmark nicht übersteigen. Dies entsprach genau einem Achtel des monatlichen Lohnes.

Da Hitler sich für alle Familien nicht nur ein Haus, sondern auch ein Auto wünschte, ließ er Ferdinand Porsche 1934 den so genannten „Volkswagen“ konstruieren. Dieser heute noch als „Käfer“ bekannte Wagen kostete damals 995 Reichsmark.

Dank der Verkürzung der Arbeitszeit und der Verlängerung des Urlaubs von acht Tagen auf zwei bis drei Wochen darf man schließlich auch die Reisen

nicht vergessen, die im Rahmen des Programms „Kraft durch Freude“ organisiert wurden. Zwischen 1934 und 1939 wurden mehr als sieben Millionen Menschen, von denen die meisten noch nie ihren Heimatort verlassen hatten, plötzlich zu Touristen. Allein im Jahr 1937 verzeichnete das „Amt für Reisen, Wandern und Urlaub“ 1,6 Millionen Urlaubsreisen und 8,4 Millionen Kurzreisen, darunter etwa Kreuzfahrten wie auf der Wilhelm Gustloff, die in das sonnige Italien und Griechenland führten.

„Kauft nicht beim Juden!“

Am 1. April 1933 fand in ganz Deutschland ein Boykott gegen jüdische Geschäfte, Banken, Rechtsanwaltskanzleien und Arztpraxen statt. Gemeinhin wird dieser Boykott als der offizielle „Startschuss“ zur Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden betrachtet.

In allen Großstädten des Reiches wurden Plakate aufgehängt, auf denen es hieß: „Deutsche wehrt Euch! Kauft nicht beim Juden!“, „Die Juden sind unser Unglück!“ oder „Deutschland erwache! Juda verrecke!“ SA-Trupps zertrümmerten die Fensterscheiben jüdischer Geschäfte, plünderten die Auslagen und misshandelten die Inhaber.

Der einzige nichtjüdische Deutsche, der gegen dieses Vorgehen protestierte und sich in einem offenen

Brief an Hitler beschwerte, war der Schriftsteller Armin T. Wagner. Zum Dank für seine Zivilcourage wurde er von der Gestapo verhaftet, in Berlin-Tempelhof gefoltert und in das Zuchthaus von Oranienburg verschleppt.

Wenn man die Ereignisse so darstellt – und dies wird nur zu häufig getan –, entsteht der Eindruck, dass die Deutschen mehrheitlich hinter dem Judenboykott standen. In Wahrheit war der erste organisierte Angriff auf die Juden jedoch ein Fehlschlag.

Zwar titelten die Zeitungen „Der Boykott – ein Sieg Deutschlands über das Weltjudentum“, tatsächlich aber war er eher eine Niederlage. Das Mitleid mit den Juden war weit größer als die Missgunst.

So schrieb beispielsweise der politische Redakteur der Vossischen Zeitung Max Rainer: „Die Ankündigung des Judenboykotts, der am 1. April 1933 beginnen sollte, wurde von Artikeln der nationalsozia-

listischen Presse begleitet, die an Heftigkeit und Hemmungslosigkeit alle bisherigen antisemitischen Kampagnen überboten. Ich beobachtete die Durchführung des Boykotts in verschiedenen Stadtteilen. Ich beobachtete in drei Fällen, dass christliche Käufer dem SA-Mann erwiderten, sie kümmerten sich um den Boykott nicht. Im Südwesten Berlins sah ich auch, daß Käufer die SA-Leute einfach bei Seite schoben und in den Laden gingen. Man hörte kaum eine Meinungsäußerung, aber die Haltung der Menge war meist wohlwollend, häufig indifferent, niemals ausgesprochen feindselig. Ich erfuhr in der Redaktion, daß es im ganzen Reiche nur zu einem Zwischenfall gekommen war. Die Urteile, die ich am nächsten Tage von Christ und Jud hörte, stimmten darin überein, daß der Boykott-Tag kein moralischer Erfolg für Hitler gewesen sei, eher das Gegenteil."

Die Berliner Ärztin Hertha Nathorff schrieb am 1. April 1933 in ihr Tagebuch: „Ich selber habe heute

mit Absicht in Geschäften gekauft, vor denen ein Posten stand. Einer wollte mich abhalten, in ein kleines Seifengeschäft zu gehen. Ich schob ihn aber auf die Seite mit den Worten: ‚Für mein Geld kaufe ich, wo ich will'."

Die Dortmunder Geschäftsinhaberin Marta Appelt, Frau eines Rabbiners, schrieb: „Trotz der Naziposten gab es viele, die den Mut aufbrachten, in die Geschäfte hineinzugehen, obgleich sie von Nazipatrouillen wüst beschimpft wurden. Nichtjüdische Freunde und Nachbarn, ja sogar Menschen, die wir vorher kaum gekannt hatten, kamen zu uns, um ihre Verbundenheit und ihre Freundschaft zu uns zu bekunden."

Der praktische Arzt Max Kirschner aus Frankfurt am Main berichtete: „Der Boykott-Tag verlief wie geplant. An jedes jüdische Geschäft und jedes jüdische Büro wurde ein gelbes Plakat mit schwarzem Davidstern angebracht, in dessen Mitte in großen,

fetten Buchstaben das Wort JUDE prangte. So geschah es auch am Zaun meiner Praxis. Doch viele treue Patienten schickten uns Blumen. Ein junger Mann, Sohn eines Polizeibeamten, der in unserem Haus wohnte, kam nach Hause, riss angewidert das Plakat ab und warf es fort. Wir sahen das und bewunderten seinen Mut."

Ähnliches erlebte die Hamburger Ärztin Henriette Necheles-Magnus: „Als ich morgens zur Praxis kam, sah ich schon von weitem zwei stramme SA-Männer vor meinem Eingang. Ich ging durch eine Hintertür in meine Sprechstunde und setzte mich an den Schreibtisch. Zuerst musste ich meine weinende Einhüterin trösten. Ich bekam die Antwort: Wir schämen uns so für unsere Volksgenossen! Um 9 Uhr begann die Sprechstunde, 9 h 10 kam die erste Patientin. Aufgeregt, schnaubend, daß man sie hindern wollte, zu ihrem Doktor zu gehen! ‚Sind wir in der Zeit der Christenverfolgung? ' So ging es weiter und weiter, die Patienten kamen und kamen mit

Blumen, mit kleinen Gaben: ‚Wir wollen Ihnen zeigen, was wir von dieser Politik halten.' ‚Ich bin nicht krank, Doktor, ich komme, um zu sehen, wie es ihnen geht'."

Für ein richtiges Verständnis der Geschehnisse vom 1. April 1933 ist es aber nicht nur wichtig zu wissen, dass der Judenboykott „ein eklatanter Misserfolg" war, wie auch der Historiker Hans Mommsen schreibt. Noch weitaus wichtiger ist es zu wissen, dass der Juden-Boykott vor allem ein „Gegen-Boykott" war.

Dass die Nazis die Deutschen dazu aufriefen, jüdische Waren zu boykottierten, lag daran, dass jüdische Verbände in Polen, Lettland, Litauen, der Tschechoslowakei, Holland, Frankreich, Großbritannien und vor allem in den USA dazu aufriefen, deutsche Waren zu boykottieren.

Am 18. März 1933 riefen die Jewish War Veterans in Washington, D.C., zu einem Boykott deutscher Geschäfte auf. Am 20. März folgten die Juden in Vilnius diesem Beispiel. Am 23. März hingen in ganz London Plakate mit der Aufschrift „Boycott German Goods". Obgleich maßlos übertrieben, titelte der britische Daily Express am 24. März 1933 sogar „Judea Declares War on Germany", also „Judäa erklärt Deutschland den Krieg".

Den Gipfel des jüdischen Boykotts gegen Deutschland bildete eine am 27. März 1933 im New Yorker Madison Square Garden organisierte Kundgebung. Zu dieser vom American Jewish Congress geleiteten Kundgebung erschienen Tausende New Yorker Juden. Nachdem nur 20.000 Menschen in den Madison Square Garden passten, standen 35.000 weitere Menschen auf den Straßen und verfolgten die Veranstaltung über kurzfristig angebrachte Lautsprecher.

Ähnliche Kundgebungen gab es auch in Washington, Chicago und 70 anderen amerikanischen Städten. Es heißt, dass sich mindestens 1 Million Juden an den Protesten beteiligten.

An diesem 27. März 1933 war Hitler erst 51 Tage an der Macht. Das Versprechen, das er den Deutschen bei seiner Wahl zum Reichskanzler gab, war, die Wirtschaft anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Da Deutschland schon damals vornehmlich vom Export lebte, war der jüdische Boykott tatsächlich eine ernste Bedrohung für das neue Regime.

Der Boykott hatte keineswegs nur symbolische Bedeutung. Er führte tatsächlich dazu, dass deutsche Firmen wie Siemens an den Börsen verloren. Die Jewish War Veterans erklärten in der Presse öffentlich, dass ihre Maßnahmen dazu führten, dass Deutschland Exporte im Werte von über 2 Millionen US-Dollar verloren gegangen seien.

Das American Jewish Committee riet dem American Jewish Congress mit dem Hinweis auf mögliche Vergeltungsaktionen an deutschen Juden von jeglichen Protesten gegen die Nazis ab. Doch der Congress ließ sich nicht beirren. Auf der Kundgebung im Madison Square Garden nahm Rabbi Dr. Spephen S. Wise kein Blatt vor den Mund. Er beendete seine mit großem Beifall bedachte Rede mit einem Zitat: „Hört das Wort eines großen englischen Staatsmannes: ‚Die Vorsehung wird ihre Entscheidung, den Nationen dieser Welt Glück oder Unglück zu bringen, davon abhängig machen, wie sie die Juden behandeln. ’ Dies ist keine Warnung, sondern eine Prophezeiung!“

Aus heutiger Sicht mag man sich wünschen, dass sich alle Länder diesem Boykott angeschlossen und Hitler auf diese Weise zu Fall gebracht hätten. Doch dies sagen wir heute – heute, wo wir alle wissen, wohin die NS-Diktatur letztlich führte.

1933 jedoch durfte man noch mit guten Gründen daran zweifeln, ob der Boykott sinnvoll und gerechtfertigt war – zumal er nachweislich auf falschen Informationen beruhte.

Zwar ist es gleich nach der Machtergreifung Hitlers vereinzelt zu Übergriffen auf Juden gekommen, doch keineswegs in dem Maße, wie in der ausländischen Presse berichtet. So gab es in Göttingen einen Anschlag auf die örtliche Synagoge. In Mannheim zwang man Juden zur Schließung ihrer Geschäfte. In Dresden hat man jüdische Richter aus den Gerichtssälen gezerrt und auf offener Straße zusammengeschlagen. Und aus Marburg berichtete der Philosoph Karl Löwith:

„Der jüdische Assistent eines medizinischen Instituts wurde von SA-Männern gezwungen, vor ihnen her durch die Stadt zu marschieren mit einer Tafel, auf der geschrieben stand: ‚Ich habe ein deutsches Mädchen geschändet. ’ Die Passanten haben sich bei

diesem Schauspiel halb neugierig und halb beschämt auf die andere Straßenseite verdrückt."

All dies ist zweifellos beschämend genug, doch weit entfernt von den im Ausland erschienenen Berichten, wonach Deutsche in die Wohnungen der Juden eindrangen und sie töteten, Töchter vor den Augen ihrer Eltern vergewaltigten und die Leichen von Rabbinern in Flüssen schwammen.

Die Nationalsozialisten hatten daher nicht ganz unrecht, wenn sie sich über „Gräuelpropaganda" und „Tartaren-Nachrichten" beschwerten.

In seiner „Bilanz der deutschen Judenheit" schrieb der Schriftsteller Arnold Zweig über die Ereignisse im März 1933 denn auch: „Es kommt zu judenfeindlichen Demonstrationen vor Warenhäusern und jüdischen Geschäften, die zum Boykott auffordern, vorzeitige Ladenschließungen erzwingen, die Käufer am Betreten der Geschäfte hindern.

Gewalttätigkeiten auf offener Straße sind in bestimmten Bezirken zu verzeichnen. Alle großen Zeitungen der internationalen Welt aber verbreiten alsbald überaus erregende Mitteilungen aus den Arbeitervierteln, blutige Misshandlungen und Ermordungen.“

So wie der Reichstagsbrand vom 28. Februar 1933 zum Anlass genommen wurde, gegen die Kommunisten vorzugehen, so wurde der Boykott gegen deutsche Waren zum Anlass genommen, gegen die Juden vorzugehen. In beiden Fällen ist es jedoch wichtig, die ganze Geschichte zu kennen und sie nicht so einseitig darzustellen, wie es zumeist geschieht.

Im Übrigen endet die Geschichte des jüdischen Boykotts gegen deutsche Waren nicht am 1. April 1933. Die Juden haben am 27. März gezeigt, dass sie Druck auf das wirtschaftlich geschwächte Deutsch-

land ausüben können. Und davon haben sie auch Gebrauch gemacht. Doch dies soll Gegenstand des nächsten Kapitels sein.

„Der Judenstaat“

Der jüdische Historiker Saul Friedländer hat auf die Frage, in welchem Land Europas man sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein Verbrechen wie den Holocaust am ehesten hätte vorstellen können, kurz und knapp geantwortet: „Frankreich.“

Tatsächlich waren Länder wie Frankreich, Polen und Russland zu Beginn des letzten Jahrhunderts weit antisemitischer als Deutschland.

Mit seinem 1886 erschienenen Buch „Das verjudete Frankreich“ hatte Edouard Drumont eine Art „Bibel des Antisemitismus“ geschrieben. In diesem Pamphlet machte er die Juden nicht nur für das Unglück Frankreichs verantwortlich, sondern erklärte sie zudem auch zu einer minderwertigen Rasse.

Die bekannte Dreyfuss-Affäre im Jahre 1894 bildete dann gewissermaßen den Höhepunkt des französischen Antisemitismus.

Der in Paris tätige österreichisch-jüdische Journalist Theodor Herzl reagierte auf die Dreyfuss-Affäre mit einem Buch, das den Titel „Der Judenstaat" trug. In diesem 1896 veröffentlichten Buch erinnerte er die Juden noch einmal an die schäbige Behandlung, die ihnen in Europa über nahezu zwei Jahrtausende zuteilwurde. Im Jahr 1290 wurden alle Juden aus England vertrieben. Im Jahr 1394 wurden alle Juden aus Frankreich vertrieben. Und im Jahr 1492 wurden alle Juden aus Spanien vertrieben. Angesichts des anhaltenden, wenn nicht gar anwachsenden Antisemitismus in Europa schlug Herzl daher vor, dass die Juden besser in das Heilige Land zurückkehren sollten.

Auf dem 1897 in Basel stattfindenden Ersten Zionistischen Weltkongress sprach er sich dafür aus, in

Verhandlungen mit den christlichen und muslimischen Ländern zu treten und sie für die Idee einer „Heimstätte des jüdischen Volkes" zu gewinnen. Sein erklärtes Ziel war es, mit internationaler Hilfe einen jüdischen Staat, den Staat Israel, in Palästina zu gründen.

Am 24. Juli 1922, sechzehn Jahre nach Herzls Tod, war es dann soweit: Es kam zur „Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina".

Es ist eine der bittersten Ironien der Geschichte, dass sich ausgerechnet der Nationalsozialismus ein Interesse mit dem Zionismus teilen sollte: Beide waren daran interessiert, die Juden aus Deutschland nach Palästina zu verschiffen. Die Nationalsozialisten wollten die deutschen Juden loswerden und die Zionisten wollten die deutschen Juden übernehmen.

Dieses gemeinsame Interesse führte zu einem nur selten erwähnten Vertrag zwischen den Zionisten und den Nationalsozialisten – einen Vertrag, der dazu beitrug, den internationalen Boykott gegen Nazi-Deutschland zu untergraben.

Bevor ich auf diesen Vertrag zu sprechen komme, jedoch zunächst ein kurzer Blick zurück. Wie gegen Ende des letzten Kapitels bereits angedeutet, war der jüdische Boykott deutscher Waren noch längst nicht am Ende. Trotz des Gegen-Boykotts vom 1. April 1933 rief der American Jewish Congress die Welt weiter dazu auf, Hitler wirtschaftlich zu stürzen.

Am 1. April 1933 hatte die Internationale Liga gegen den Antisemitismus eine Boykott-Veranstaltung in Paris organisiert. Am 2. April gab es eine Protest-Kundgebung in Toronto. Am 3. April gab es Demonstrationen in Saloniki. Am 4. April gab es einen Boykott-Aufruf in Bombay. Am 5. April

wurde erneut in New York protestiert. Und am 9. April gab es Kundgebungen in London und Manchester.

Am 15. April 1933 verkündete *The Daily Herald*, dass, wenn der Boykott durchgehalten wird, Deutschland jedes Jahr 100 Millionen Dollar entgehen werden. Diese Nachricht ermunterte weitere Länder dazu, sich dem Kampf gegen Hitler anzuschließen. Noch im April schlossen sich Ägypten, Rumänien, Belgien, Holland, Dänemark und Finnland dem Boykott an.

Im Sommer 1933 war man in aller Welt zuversichtlich, dass Hitler wirtschaftlich am Ende sei. „In diesem Winter wird Deutschland zusammenbrechen!" hieß es überall.

Doch ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt, am 7. August 1933, schlossen die Zionisten einen Vertrag mit den Nationalsozialisten ab – das so genannte

„Ha'avara Abkommen". In diesem Vertrag verpflichtete sich Deutschland, alljährlich etwa 15.000 Juden nach Palästina ausreisen zu lassen. Im Gegenzug verpflichteten sich die in Palästina lebenden Juden, den Boykott zu brechen und deutsche Waren zu importieren.

Im Zuge dieses Vertrages sind zwischen 1933 und 1941 etwa 60.000 Juden und 1,7 Milliarden Dollar von Deutschland nach Palästina „übertragen" worden.

Die Vorteile des Ha'avara – oder „Übertragungs-Abkommens" liegen auf der Hand. Deutschland konnte seine Juden loswerden und einen neuen Absatzmarkt gewinnen. Und die Juden in Palästina konnten Kapital erhalten und die Wirtschaft des zukünftigen Staates Israel ausbauen.

Die Zionisten sehen sich noch heute dem Vorwurf ausgesetzt, damals einen „Pakt mit dem Teufel" ein-

gegangen zu sein. Insofern der Vertrag vor aller Welt geheim gehalten wurde und den Boykott gegen die Nazis geschwächt hat, haben die Zionisten sicher ein gefährliches Spiel betrieben. Dennoch muss ihr Anliegen als grundsätzlich legitim betrachtet werden.

Die Juden waren ohnehin zerstritten. Stark vereinfacht, gab es drei Gruppierungen von Juden. Neben den Zionisten, die sich eine Rückkehr aller Juden in das Gelobte Land wünschten, gab es noch das American Jewish Committee und den American Jewish Congress. Sowohl der American Jewish Congress als auch das American Jewish Committee forderten, dass die Juden in dem Land ihrer Wahl verbleiben durften und dort dieselben Menschen- und Bürgerrechte genießen sollten wie alle anderen Bewohner auch. Doch während der American Jewish Congress zum Boykott gegen Hitler aufrief, riet das American Jewish Committee vom Boykott gegen Hitler ab. Im Unterschied zum Congress fürchtete das Commit-

tee, dass der Nazi-Boykott nur zu Vergeltung und damit zu einer Verschlechterung der Lebenssituation der Juden in Deutschland führen würde.

Die Unterschiede zwischen dem American Jewish Committee und dem American Jewish Congress bestanden aber nicht allein in ihren unterschiedlichen Auffassungen, sondern auch in ihrer unterschiedlichen Herkunft. Während die Mitglieder des American Jewish Congress' größtenteils aus den armen osteuropäischen Ländern stammten, bestanden die Mitglieder des American Jewish Committee vornehmlich aus den reichen westeuropäischen Ländern. In Amerika galten erstere als „Betteljuden" und letztere als „Hofjuden".

Wenn man diese Unterschiede berücksichtigt, wird es vielleicht auch verständlicher, dass sich der American Jewish Congress für einen Boykott um jeden Preis einsetzte, das American Jewish Committee dagegen immer auch die Kosten des Boykotts

erwog – schließlich handelte es sich bei den deutschen Juden vielfach um eigene Familienangehörige.

Im Nachhinein ist man bekanntlich immer schlauer. Aus heutiger Sicht würde man sich natürlich wünschen, dass sich alle Juden hinter den American Jewish Congress gestellt und den Nazi-Boykott unterstützt hätten. Doch zum damaligen Zeitpunkt schienen alle drei jüdischen Strömungen gute Argumente auf ihrer Seite zu haben.

Was den Zionisten viel Tadel eingebracht hat, war der Umstand, dass ihnen die Maßnahmen der Nazis entgegen zu kommen schienen. Um Palästina zu einem bewohnbaren und wohlhabenden Staat zu machen, brauchten sie keine „Betteljuden", sondern „Hofjuden". Als am 7. April 1933 in Deutschland das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" erlassen und etwa die Hälfte der 5.000 jüdischen Beamten entlassen wurden, nutzten die Zio-

nisten dies dazu, Werbung in eigener Sache zu machen. Unter den deutschen Juden sympathisierten damals nur etwa 7 Prozent mit dem Anliegen der Zionisten. Nach dem Inkrafttreten des Berufsbeamtengesetzes wiesen die Zionisten die Juden darauf hin, dass für sie in Deutschland kein Platz mehr sei und sie besser nach Palästina ziehen sollten.

Was die deutschen Juden für die Zionisten so wertvoll machte, war vor allem ihre Ausbildung. Gemessen daran, dass die Juden nur 1 Prozent der deutschen Bevölkerung ausmachten, waren sie in nahezu allen akademischen Berufsgruppen überrepräsentiert. Sie bildeten 2,6 Prozent der Professoren, 5 Prozent der Redakteure, 8,6 Prozent der Zahnärzte, 10,8 Prozent der Ärzte und 18,9 Prozent der Anwälte, Notare und Richter.

Neben den bei der AEG, Bosch und Siemens ausgebildeten Technikern und Ingenieuren bildeten die

Akademiker unter den deutschen Juden ein unschätzbares Kapital für den Aufbau Palästinas.

Selbst die Tatsache, dass die Briten eine Einwanderungsgebühr in Höhe von 1.000 Pfund erhoben, kam den Zionisten entgegen. Denn das von den Engländern verlangte „Eintrittsgeld" – 1.000 Pfund entsprachen damals etwa 3 Jahresgehältern eines Angestellten! – konnten nur die wohlhabenden, nicht aber die mittellosen deutschen Juden aufbringen, kurz, die Juden, an denen die Zionisten ein wirkliches Interesse hatten.

Wie gesagt, muss man das Anliegen der Zionisten dennoch als durchaus legitim betrachten. Es sind zudem nicht nur die Zionisten gewesen, die den Boykott gegen Nazi-Deutschland untergraben haben. Da jeder Boykott auch seinen Preis für die Boykottierenden hat – nämlich den Verlust guter Geschäfte und hoher Gewinne –, haben viele ausländische Firmen den Boykott schon bald wieder

abgebrochen. Hinzu kam, dass deutsche Firmen den Boykott teilweise unterlaufen konnten, indem sie ihre Waren mit einem „Made in Austria“ oder „Made in Switzerland“ versahen und aus dem Ausland verkauften.

„Zum Schutze des deutschen Blutes“

Am 15. September 1935 fand in Nürnberg der 7. Parteitag der NSDAP, der „Reichsparteitag der Freiheit“, statt. Auf ihm wurden die so genannten „Nürnberger Rassengesetze“ verabschiedet. Diese Gesetze bilden zweifellos einen Schandfleck in der deutschen Geschichte. Doch die heute häufig gehörte Behauptung, dass die Nürnberger Rassengesetze den Juden einen Platz „außerhalb der Menschheit“ zuwiesen, ist unhaltbar.

Der jüdische Historiker Raul Hilberg hat es in seinem dreibändigen Werk „Die Vernichtung der europäischen Juden“ unternommen, die Nürnberger Rassengesetze in einen historischen Kontext zu stellen. Zum Leidwesen vieler Christen hat er die gesetzlichen Bestimmungen der Nationalsozialisten mit dem kanonischen Recht der römisch-

katholischen Kirche verglichen. Darin zeigte sich, dass an den Nürnberger Rassengesetzen nichts neu war.

Bereits das kanonische Recht hatte Ehen zwischen Juden und Christen verboten. Es hatte Juden das Recht vorenthalten, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Und es verbot ihnen, christliche Knechte oder Mägde in den Dienst zu nehmen.

Tatsächlich ging das kanonische Recht sogar weit über die Nürnberger Gesetze hinaus. Denn es ordnete an, dass Juden in Ghettos zu leben haben, dass ihr Talmud verbrannt werden muss und dass sie sich während der Karwoche nicht auf den Straßen zeigen dürfen.

Zur Veranschaulichung der christlichen Unterdrückung von Juden gibt Hilberg eine Beschreibung des vom Vatikan unterhaltenen und erst 1870 aufgelösten Ghettos von Rom: Das Ghetto bestand aus ein

paar stickigen, düsteren und schmutzigen Gassen, in die man 4.700 Juden hineingepfercht hatte. Niemandem war es gestattet, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Sie durften nicht als Richter, Anwälte, Notare, Architekten oder Apotheker tätig sein. Als Ärzte durften sie nur arbeiten, sofern sie ihre Behandlung auf Juden beschränkten.

Hilberg schreibt denn auch: „Die deutschen Nazis brachen also nicht mit der Vergangenheit; sie bauten auf ihr auf. Sie begannen nicht, sie vollendeten eine Entwicklung.“

Für ein Verständnis des Antisemitismus ist ein historischer Blick auf seine christlichen Wurzeln sicher unerlässlich. Für die Bedeutung der Nürnberger Rassengesetze scheint mir ein derartig weiter Blick in die Vergangenheit jedoch entbehrlich. Um sich ein Bild von dem Ausmaß der Einschränkungen zu machen, denen die Juden fortan unterworfen

waren, genügt ein Blick auf das Jahr 1935 und den Wortlaut des Gesetzes.

Hinter den „Nürnberger Rassengesetzen“ verbergen sich eigentlich drei Gesetze: Das „Reichsflaggengesetz“, das „Reichsbürgergesetz“ und „Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. Das Reichsflaggengesetz verbot es Juden, die zur Reichsflagge erklärte Hakenkreuzfahne zu hissen.

Das Reichsbürgergesetz teilte die deutsche Bevölkerung in „Reichsbürger“ und „Staatsbürger“. Arier waren Reichsbürger, Juden Staatsbürger. Als bloße Staatsbürger durften die Juden nicht mehr an Reichstagswahlen teilnehmen. Zudem mussten die Juden, die ein öffentliches Amt bekleideten, bis zum Ende des Jahres aus dem Staatsdienst austreten.

Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verbot die Eheschließung zwi-

schen Juden und Deutschen. Untersagt waren auch außereheliche Beziehungen zwischen Juden und Deutschen. Und schließlich verbot das Gesetz den Juden, junge deutsche Dienstmädchen zu beschäftigen.

Gemessen an unserem heutigen Rechtsstaat waren die Bestimmungen der Nürnberger Rassengesetze fraglos nicht zu rechtfertigende Beschränkungen der persönlichen Freiheit der in Deutschland lebenden Juden. Dass es ihnen untersagt war, die deutsche Reichsflagge zu hissen und deutsche Dienstmädchen zu beschäftigen, werden sie jedoch problemlos verschmerzt haben dürfen.

Die einschneidenste Beschränkung wird die Entlassung aus dem Staatsdienst gewesen sein. Alles in allem gab es allerdings auch nur etwa 5.000 Juden, die ein öffentliches Amt in Deutschland bekleideten. Darüber hinaus sind die älteren von ihnen, die im Ersten Weltkrieg auf deutscher Seite gekämpft hat-

ten, nicht einfach auf die Straße gesetzt worden. Denn in Paragraph 4, Absatz 2, des Reichsbürgergesetzes hieß es ausdrücklich:

„Jüdische Beamte treten mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand. Wenn diese Beamten im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben, erhalten sie bis zur Erreichung der Altersgrenze als Ruhegehalt die vollen zuletzt bezogenen ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge."

Es versteht sich hoffentlich von selbst, dass mit diesen Hinweisen keine Rechtfertigung der Nürnberger Gesetze beabsichtigt ist. Es geht lediglich darum, ihre Bedeutung in eine richtige Perspektive zu rücken. Die 1935 gegen die Juden erlassenen Bestimmungen ließen sich beispielsweise durchaus mit den in den USA geltenden Bestimmungen gegen die „Negroes" vergleichen. So schreibt denn etwa Niall Ferguson auch:

“Wie groß war der Unterschied zwischen einem Fall von ‚Rassenschande’ im Hamburg der dreißiger Jahre und einem Fall von Rassenvermischung im Montgomery, Alabama, dieser Zeit? Nicht sehr groß. Noch 1945“, fügt Ferguson hinzu, „gab es 30 Bundesstaaten in den USA, die Mischehen verboten. Um jemanden zum Schwarzen zu erklären, genügte ein einziger ‚negroider’ Urgroßelternteil. Aber nicht nur Afroamerikaner waren von solchen Bestimmungen betroffen; in einigen Bundesstaaten richtete sich die Diskriminierung auch gegen Chinesen, Japaner, Koreaner, Filipinos und Inder.“

Auch wenn es zunächst überraschend erscheinen mag, sind die Nürnberger Gesetze doch selbst von einigen Juden begrüßt worden. So erinnert Saul Friedländer beispielsweise daran, dass etwa die Zeitschrift „Der Israelit“ am 19. September 1935 das Verbot der Mischehen ausdrücklich guthieß. Dies ist letztlich nicht weiter verwunderlich, denn bereits der Talmud verbietet Ehen zwischen Juden

und Christen. Orthodoxe Juden machen sich sogar heute noch Sorgen über die vielen Heiraten zwischen Juden und Christen, wie sie seit Jahrzehnten in den USA üblich sind. Einige gehen so weit, angesichts der jüdischen Assimilation buchstäblich von einem „stillen Holocaust“ zu sprechen.

Weit verständlicher als die Erleichterung der orthodoxen Juden ist die einiger liberaler Juden. Viele von ihnen glaubten, dass mit dem Erlass der Nürnberger Gesetze nun der Willkür ein Riegel vorgeschoben worden sei. Sie hofften, dass dank der neuen gesetzlichen Regelungen die illegalen Übergriffe ein Ende hätten.

Dieser Hoffnung hatte etwa die „Jüdische Rundschau“ Ausdruck verliehen, als sie am 17. September 1935 schrieb: „Durch die Gesetze, die am 15. September verkündet worden sind, ist der Status der Juden in Deutschland auf bestimmten Gebieten in eine feste Form gebracht worden.“ Am 24. Sep-

tember fügte die „Jüdische Rundschau“ zu den Nürnberger Gesetzen hinzu: „Sie sollen eine Ebene schaffen, auf der ein erträgliches Verhältnis zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volke möglich ist.“

Wie Raul Hilberg gezeigt hat, ist der Begriff „Rassengesetze“ übrigens vollkommen irreführend. Die Trennung von Deutschen und Juden wurde nicht nach rassischer, sondern nach religiöser Zugehörigkeit vorgenommen:

„Es muss betont werden, dass die Definition in keiner Weise auf rassischen Kriterien – etwa Blutgruppe, Form der Nase oder sonstige physische Merkmale – beruhte. Aus propagandistischen Gründen nannten NS-Kommentatoren jene Verordnungen ‚Rassengesetze’. Demgegenüber galt festzuhalten, dass das einzige Kriterium für die Einstufung als ‚arisch’ oder ‚nichtarisch’ die Religion war – und zwar nicht etwa die Religion der betroffenen

Person, sondern ausnahmslos die Religion der Vorfahren. Unabhängig davon hatten es die Nazis ohnehin nicht auf die ‚jüdische Nase', sondern auf den ‚jüdischen Einfluss' abgesehen."

Wer bereit ist, einen unvoreingenommenen Blick auf die Geschichte zu werfen, wird im Übrigen erkennen müssen, dass der rassische „Schutz des Blutes" keinesfalls eine deutsche, sondern viel eher eine jüdische Tradition war.

In seinem 1934 erschienenen Artikel „Vom Anteil der Rasse am Wesen des jüdischen und christlichen Geistes" schrieb der jüdische Anwalt Ludwig Feuchtwanger zu Recht: „Dabei gehörte die ‚Rassenpflege' im Sinne der heutigen ‚Eugenik', also die Hochwertung und Förderung der eigenen unvermischten Erblinie, von jeher zu den eigenständigen jüdischen Forderungen. Es ist im Kern richtig, was ein moderner deutscher Schriftsteller [Gottfried Benn] sehr zugespitzt so ausdrückt: ‚Es hat sich

nämlich herausgestellt, daß der größte völkische Terrorist aller Zeiten und großartigste Eugeniker aller Völker Moses war. Und sieben Jahrhunderte später tritt Esra auf, der eigentliche Gründer, Gesetzgeber und Führer des Thoravolkes, und verbietet nicht nur zukünftige Mischehen, sondern fordert von den Männern, die schon fremdstämmige Frauen haben, diese aus dem Haus zu jagen und Stammesgenossinnen zu heiraten'."

Die „Nürnberger Rassengesetze", die 1935 erlassen wurden, wiesen den Juden also nachweislich keinen Platz „außerhalb der Menschheit" zu. Wenn wir sie im Rückblick mit Fug und Recht verurteilen, dann vor allem wegen der zusätzlichen 13 „Verordnungen zum Reichsbürgergesetz", die besonders nach der Reichskristallnacht ergingen. Die achte Verordnung vom 17. Januar 1939 enthielt beispielsweise ein Berufsverbot für jüdische Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker. Und die elfte Verordnung vom 25. November 1941 bestimmte, dass Juden, die das

Reichsgebiet verlassen hatten, ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren und ihr Vermögen dem Deutsche Reich zufiel.

„Die Juden? Nehmt sie!“

Am 25. März 1938 kündete der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt auf einer Pressekonferenz in Georgia eine internationale Konferenz zur Lösung des europäischen Flüchtlingsproblems an. Wie er den Journalisten erklärte, wolle er den von den Nazis verfolgten Juden in Deutschland helfen.

Als Hitler von diesem Vorhaben erfuhr, erklärte er, dass er nichts lieber täte, als Amerika die in Deutschland lebenden Juden zu überlassen. Zynisch fügte er hinzu, dass er sogar bereit sei, sie auf Luxusdampfern über den großen Teich zu befördern.

Leider hatte der Sarkasmus, der aus Hitlers Worten sprach, durchaus seine Berechtigung. Denn Roosevelts Angebot, den deutschen Juden zu helfen, war lediglich eine leere Geste. Wie er von vornherein

klar machte, dürfe die Hilfe nämlich nichts kosten. Seine Regierung sei weder bereit, Geld zur Verfügung zu stellen, noch seine Einwanderungsbestimmungen, die den jährlichen Zuzug von Flüchtlingen aus Deutschland auf 25.957 Personen beschränkte, zu ändern.

Angesichts der Diskriminierung, der die Juden seit der Machtergreifung Hitlers ausgesetzt waren, sollte man annehmen, dass ab 1933 ein wahrer Exodus einsetzte. Dem war aber nicht so. Von den rund 500.000 Juden, die damals in Deutschland lebten, emigrierten im Jahr 1933 knapp 37.000. Im Jahr 1934 waren es etwa 23.000. 1935 waren es rund 21.000. 1936 waren es 25.000 und 1937 schließlich 23.000.

Bis zum Juli 1938 hatten rund 150.000 Juden Deutschland verlassen. Etwa 44.000 wanderten nach Palästina aus. Rund 27.000 gingen in die USA; 13.000 nach Argentinien; 7.500 nach Brasilien;

7.600 nach Südafrika; und rund 1.000 nach Australien.

Wie erwähnt, hatten die Vereinigten Staaten von Amerika eine jährliche Flüchtlingsquote festgesetzt. Danach durften jedes Jahr höchstens 25.957 Menschen aus Deutschland einwandern. Bis zum Jahre 1939 ist diese Quote nie ausgeschöpft worden. 1936 wurde die Quote nur zu 24,3 Prozent, 1937 zu 42,1 Prozent und 1938 zu 65,3 Prozent genutzt. Selbst 1940 wurde die Quote nur zu 95,3 Prozent und 1941 zu 47,7 Prozent ausgeschöpft.

Dass bis zum Jahre 1938 lediglich ein gutes Viertel der Juden Nazi-Deutschland verlassen hatte (darunter übrigens zweihundert der achthundert jüdischen Professoren, von denen zwanzig Nobelpreisträger waren), hatte offenkundig drei Gründe. Erstens hielten sich die Maßnahmen gegen sie bis dahin in Grenzen. Zweitens stand zu dieser Zeit noch nicht fest, dass sie ab Herbst 1941 ihre Heimat ver-

lassen und in „den Osten deportiert“ würden. Und drittens verfügten selbstverständlich nicht alle über das notwenige Geld, das erforderlich war, um im Ausland eine neue Existenz aufzubauen. Umso wichtiger wäre es daher für sie gewesen, eine Unterstützung anderer Regierungen zu erhalten, wie es die von Roosevelt einberufene Konferenz zunächst erhoffen ließ.

Als die Tagung am 6. Juli 1938 im mondänen Hotel Royal des französischen Kurortes Évian eröffnet wurde, waren Vertreter von 32 Regierungen am Konferenztisch versammelt. Neben den USA, Großbritannien und Frankreich waren Australien, Argentinien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dänemark, Ecuador, Guatemala, Haiti, Holland, Honduras, Irland, Kanada, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Norwegen, Panama, Paraguay, Peru, Schweden, Uruguay, Venezuela sowie die Schweiz und die Dominikanische Republik vertreten.

Die Delegationen aus Costa Rica, Honduras, Nicaragua und Panama gaben ohne Umschweife zu, dass Juden in ihrem Land nicht willkommen wären. Kanada, Kolumbien, Uruguay, Venezuela und die Dominikanische Republik versicherten, dass sie lediglich für Bauern, nicht aber für Kaufleute und Intellektuelle Verwendung hätten, wohl wissend, dass es in Deutschland so gut wie keine jüdischen Bauern gab.

Australien und Neuseeland erklärten unverblümt, dass sie keine Lust hätten, sich zusätzliche Rassen-Probleme aufzuhalsen. Dänemark, Holland und die Schweiz beteuerten, bereits mehr Juden aufgenommen zu haben, als ihr Land verkraften könne. Der Schweizer Delegierte Dr. Heinrich Rothmund unterstrich bei dieser Gelegenheit noch einmal die traditionell liberale Asylpolitik seines Landes, ohne jedoch zu erwähnen, dass er selbst nur wenige Tage zuvor mit Deutschland übereingekommen war, die Pässe von Juden mit einem großen „J“ zu kenn-

zeichnen, damit sie sogleich an der Schweizer Grenze zurückgewiesen werden konnten.

Der Abgesandte Großbritanniens, Lord Edward T. Winterton, versicherte, dass das Britische Königreich es stets als seine „heilige Pflicht“ betrachtet habe, den Juden die Rückkehr nach Palästina zu ermöglichen. (Wie sich der Leser erinnern wird, hat sich Großbritannien für die Ausübung dieser Pflicht 1.000 Britische Pfund pro Person erbeten.) Angesichts des zunehmenden Widerstands der Araber sehe man sich jedoch gezwungen, den weiteren Zuzug zu stoppen. England selbst komme als Einwanderungsland nicht in Frage, weil es bereits unter Überbevölkerung und Arbeitslosigkeit leide. Auch die Kolonien des Britischen Empires seien überfüllt. Allenfalls Britisch-Ostafrika käme als Einwanderungsgebiet in Betracht. Doch dies sei eine Frage, die man erst eingehend prüfen müsse.

Weit weniger diplomatisch drückte sich schließlich der schottische Wortführer aus: „Für Immigranten, die ausreichend Kapital mitbringen, gehen alle Grenzbalken in die Höhe, für arme Schlucker hingegen bleiben sie unten.“

Letztlich waren sich die Teilnehmer der Konferenz nur in zwei Punkten einig. Erstens, dass man weder Geld noch Platz für die deutschen Juden habe. Und zweitens, dass man unbedingt einen Ausschuss zur „Verbesserung der Lebensbedingungen dieser unglücklichen menschlichen Wesen“ gründen müsse. Dieser Ausschuss erhielt den Namen „Intergovernmental Committee for Refugees“ (IGCR). Dieser wohlklingenden Organisation wurde ein kleines Büro in London eingeräumt – mit einem Mitarbeiter und einer Sekretärin.

Natürlich darf man nicht vergessen, dass es Hitler gewesen ist, der das Flüchtlingsproblem durch seine Judenpolitik überhaupt erst aufgeworfen hat.

Dennoch muss man dem holländische Historiker Hans Jansen recht geben, wenn er die Konferenz von Evian als „eine beschämende Kapitulation der freien Welt“ bezeichnet.

Der Schweizer Historiker Ralph Weingarten macht deutlich, dass man sich die Juden geradezu wie einen Schwarzen Peter zuschob: „Die USA hofften, etwas tun zu können, ohne wirklich etwas tun zu müssen, und rechneten damit, dass Großbritannien und Frankreich mit ihren Mandatsgebieten und Kolonien die Flüchtlinge aufnehmen werden. Großbritannien, Frankreich und die übrigen westeuropäischen Länder hingegen hofften, dass die USA ihnen die Flüchtlinge abnehmen werden.“

„Die Konferenz“, schreibt Weingarten weiter, „hatte gezeigt, dass kein Land bereit war, seine Tore auch nur einen Spalt breit für die Juden zu öffnen. Außer ihrer tiefen Sympathie für das Los der Verfolgten hatten alle 32 teilnehmenden Staaten nichts anzu-

bieten, und nach den Jammerreden ihrer Delegierten zu schließen, hätte man bald meinen können, dass sie, die helfen sollten, selbst Hilfe nötig hätten. Offener Antisemitismus der deutschen Regierung hatte das Problem geschaffen – kaschierter Antisemitismus der westlichen Regierungen schien seine Lösung zu verunmöglichen."

In Deutschland hatte man das moralische Versagen der westlichen Demokratien natürlich gleich weidlich ausgenutzt. So erschien am 13. Juli 1938 im „Völkischen Beobachter" ein hämischer Bericht unter dem Titel „Seht, niemand will sie!" Doch Häme hin, Häme her, es stimmte ja. Und das ist ein weiterer Bestandteil der „anderen Hälfte" der Wahrheit.

Nach der „Kristallnacht" vom 9. November 1938, um die es im nächsten Kapitel gehen wird, ging dasselbe Spiel noch einmal von vorne los. Der Amerikaner George Rublee, der zum Direktor des „Intergovernmental Committee for Refugees" ernannt

wurde, schlug eine Reihe von Ländern vor, in die die Juden auswandern könnten. Hierzu zählten Brasilien, Mexiko, Chile, Madagaskar, Belgisch-Kongo, Britisch-Guayana, Kanada, Neuseeland und Australien. Doch jede der angesprochenen Regierungen verwies jeweils auf ein anderes Land.

Als Amerikaner war Rublee mit Roosevelts Vorstellungen hinreichend vertraut. Daher setzte er die USA auch gar nicht erst auf seine Liste. Roosevelt selbst reagierte lediglich mit einer großen Geste. Er zog den amerikanischen Botschafter aus Berlin ab. Im Geheimen aber setzte er sich mit Mussolini in Verbindung und fragte an, ob man die Juden nicht in das von Italien besetzte südliche Hinterland von Äthiopien schicken könne. Doch der „Duce" winkte dankend ab. Anschließend fragte Roosevelt noch bei Antonio de Oliveira Salazar an, ob man die Juden vielleicht im von Portugal besetzten Angola aufnehmen könne. Doch auch der portugiesische Diktator weigerte sich standhaft.

„Überall nur nicht hier!“ schien Roosevelts Devise zu sein. Denn um Amerika vor den Juden zu verschonen, verfiel er sogar auf den Gedanken, sie nach Nordborneo, ins Orinoko-Tal in Venezuela oder die Bukedon-Hochebene von Mindanao auf den Philippinen zu schicken.

Überraschenderweise erklärte sich plötzlich Kuba bereit, deutsche Juden aufzunehmen. Bis 100.000 Flüchtlinge könnten kommen, hieß es. Als das erste Schiff mit 10.000 Flüchtlingen an Bord in einen kubanischen Hafen einlief, durften nach zähen Verhandlungen jedoch nur 22 Personen an Land gehen. Der Rest wurde einfach wieder zurückgeschickt.

In seinem Buch „Das jüdische Paradox“ schrieb der langjährige Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann: „Man müsste weit mehr über die Konferenz von Evian schreiben, auf der die unmoralische Haltung der Großmächte gegenüber den Juden überaus deutlich wurde.“

„Der Volkszorn rast“

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 brannten in ganz Deutschland die Synagogen. Alles in allem wurden 267 Gotteshäuser zerstört, 7.500 Geschäfte verwüstet und 91 Juden getötet. Zudem wurden etwa 30.000 in „Schutzhaft“ genommen, aber schon bald wieder freigelassen.

Obgleich die Reichskristallnacht keine Bartholomäus Nacht war, wie zuweilen suggeriert wird, gab es selbstverständlich nicht die geringste Rechtfertigung für die brutalen Ausschreitungen. Dennoch lohnt es sich auch hier, die Hintergründe des Ereignisses etwas näher zu beleuchten.

Anders als gerne dargestellt, waren die Novemberpogrome nicht von langer Hand geplant. Zudem entlud sich in dieser Nacht keineswegs der „Volkszorn“. Und schließlich handelte es sich bei dem vo-

rausgegangenen Attentat durch den 17-jährigen Juden Herschel Grynszpan auch nicht um eine Verzweiflungstat, mit der er die Weltöffentlichkeit wachrütteln und auf die verzweifelte Situation der Juden in Deutschland aufmerksam machen wollte.

Zur Erinnerung: Am Morgen des 7. November 1938 ging der in Paris lebende polnische Jude Herschel Grynszpan in die deutsche Botschaft in der Rue de Lille. Nachdem er dem Pförtner erklärte, dass er im Besitze eines „wichtigen Dokumentes" sei, das er zu übergeben wünsche, wurde er an den Legationssekretär Ernst vom Rath verwiesen. Kaum im Büro, feuerte er fünf Schüsse auf den Legationssekretär ab. Als zwei Amtsgehilfen in den Raum stürmten, ließ sich Grynszpan widerstandslos festnehmen und der französischen Polizei übergeben. Vor einen Untersuchungsrichter geführt, gab er an, dass er mit seiner Tat auf die Abschiebung polnischer Juden aus Deutschland aufmerksam machen wollte.

Als Joseph Goebbels zwei Tage später die Nachricht erhielt, dass Ernst vom Rath am Nachmittag des 9. November seinen Schusswunden erlegen sei, forderte er die Gauleiter in ganz Deutschland zu einem Rachefeldzug gegen die Juden auf. Es sei an der Zeit, sagte er, dass die Juden endlich einmal den Volkszorn zu spüren bekommen. Seine Rechtfertigung war dabei im doppelten Sinne des Wortes simpel:

„Der Jude Grynszpan war Vertreter des Judentums. Der Deutsche vom Rath war Vertreter des deutschen Volkes. Das Judentum hat also in Paris auf das deutsche Volk geschossen. Die deutsche Regierung wird darauf legal, aber hart antworten."

Nach allem, was wir wissen, hatte Goebbels die Kristallnacht im Alleingang organisiert. Hitler, Himmler und Göring zeigten sich entsetzt – selbstverständlich nicht, weil sie die Ausschreitungen für unmoralisch gehalten hätten, sondern nur, weil sie sie für unklug erachteten.

So lautete etwa Himmlers erste Reaktion auf die Nachricht vom nächtlichen Terror: „Ich vermute, daß Goebbels in seiner Hohlköpfigkeit gerade jetzt in der außenpolitisch schwersten Zeit diese Aktion gestartet hat."

Ganz ähnlich reagierte auch Göring: „Das kostet uns wirtschaftlich und politisch viel im Ausland." Als er hörte, dass sich den ersten Schätzungen zufolge der in der Kristallnacht angerichtete Schaden auf mindestens 25 Millionen Reichsmark belief, fügte er zynisch hinzu: „Mir wäre es lieber gewesen, man hätte 200 Juden erschlagen und nicht solche Werte vernichtet."

Der Gipfel des Zynismus war freilich, dass Göring den deutschen Juden für den entstandenen Sachschaden eine „Sühneleistung" in Höhe von einer Milliarde Reichsmark auferlegte.

Wie aus den Reaktionen von Himmler und Göring ersichtlich, war die Kristallnacht auf jeden Fall nicht von langer Hand geplant, sondern verdankte sich ausschließlich dem antisemitischen Übereifer von Joseph Goebbels. Hierfür spricht nicht zuletzt auch die Tatsache, dass weder die SS noch der SD an den Ausschreitungen beteiligt waren.

Wie zu Beginn des Kapitels bereits erwähnt, kann auch überhaupt keine Rede davon sein, dass sich in der Kristallnacht der Volkszorn entlud und „die" Deutschen endlich ihr wahres Gesicht zeigten. So vermerkte etwa der in Berlin lebende und mit einer Jüdin verheiratete deutsche Literat Jochen Klepper in seinem Tagebuch:

„10. November 1938. Heute sind alle Schaufenster der jüdischen Geschäfte zertrümmert. Daß die Bevölkerung nicht dahintersteht, lehrt ein kurzer Gang durch jüdische Gegenden. […] Aus den verschiedenen jüdischen Gegenden der Stadt hören

wir, wie ablehnend die Bevölkerung solchen organisierten Aktionen gegenübersteht. […] Auch das, was Hanni heute von dem Verhalten selbst der recht nationalsozialistischen Steglitzer – von der Marineoffiziersfrau über die Frauen im Bäckerladen bis hin zu den Männern am Zeitungsstand – zu sagen hat, bestätigt, daß man am deutschen Volke nach wie vor nicht zu verzweifeln braucht. Das Volk ist ein Trost.“

Der in Deutschland lebende polnische Jude Jakob Littner berichtete, dass sich nach der Pogromnacht „wieder das goldene, unverdorbene Herz vieler Münchener“ zeigte: „Wieviel heimliche Hilfsbereitschaft wurde da bewiesen. Von nicht wenigen Juden konnte man erfahren, daß sie vor ihren Türen heimlich dorthin gelegte Lebensmittel, wie Milch und Brot, gefunden haben.“

Ein in Frankfurt am Main lebender Freund des Politikwissenschaftlers Konrad Löw schrieb: „In dem

Mietshaus, in dem ich als Kind gewohnt habe, hatten es die beiden Familien von Parteigenossen nach der ‚Reichskristallnacht' sehr schwer, denn bei den übrigen Familien war die Empörung einhellig. Der Mieter Leo Schreck, mit meinem Vater befreundet, hatte am Abend an unserer Wohnungstür geklingelt und so laut gerufen, als ob er das ganze Treppenhaus beschallen wollte: ‚Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein! '"

Ähnliches lässt sich auch in den Berichten der ins Exil geflüchteten SPD lesen: „Man müsste sich schämen, Deutscher zu sein, wenn man nicht wüsste, daß sich die Mehrheit des Volkes in der leidenschaftlichen Ablehnung dieser Brutalitäten einig wäre."

Der Psychologe Fritz Süllwold, der für sein Buch „Deutsche Normalbürger 1933 – 1945" Zeitzeugen befragte, schreibt: „Nach den Beobachtungen der Zeitzeugen reagierte die Normalbevölkerung auf

die Ausschreitungen vornehmlich ‚mit Befremden' (44 %) und ‚mit Sorge' (35%). Daß die Bevölkerung die Ausschreitung ‚mit Gleichgültigkeit' zur Kenntnis nahm, hat lediglich eine Minderheit der Zeitzeugen (15 %) beobachtet. Zustimmung zu den Aktionen der Rollkommandos der SA bemerkten nur 1 % der Zeitzeugen."

Selbst bei der Mehrheit der Parteimitglieder stieß der Pogrom auf Ablehnung. Nach Hans Mommsen „lehnten 63 Prozent die Vorgänge vom 9. und 10. November ab, während 32 Prozent sich gleichgültig zeigten."

So wie man sich von der Legende des Volkszorns verabschieden muss, muss man sich offenbar auch von der Legende des Märtyrers verabschieden. Herschel Grynszpan ist nach der Erschießung von Ernst vom Rath sogleich von verschiedenen Parteien instrumentalisiert worden. Die Nazis erklärten ihn zum verlängerten Arm des „Weltjudentums", dass

die Welt in einen Krieg gegen Deutschland stürzen wollte. Die Kommunisten hielten Grynszpan für einen von den Nazis gedungenen Opportunisten, der seinen Hintermännern nur einen Vorwand für die längst geplante Kristallnacht liefern sollte. Und die Juden verklärten Grynszpan schließlich zu einem Märtyrer, der mit seiner Tat die Welt auf das unerträgliche Schicksal der Juden in Deutschland aufmerksam machen wollte.

Wenn man den Untersuchungen des Historikers Hans-Jürgen Döscher Glauben schenken darf, hatte das Attentat hingegen einen ganz trivialen, ja sogar frivolen Hintergrund. Wie Briefe des französischen Schriftstellers André Gide nahelegen, kannten sich Herschel Grynszpan und Ernst vom Rath bereits seit längerer Zeit aus der Pariser „Schwulenszene". Nachdem er ihn mehrmals mit Strichjungen versorgte, hatte Grynszpan vom Rath zu erpressen versucht: Er wollte Geld und Pässe für seine nach Polen abgeschobenen Eltern. Als vom Rath ihm erklärte,

dass er sich nicht erpressen lasse, hat er ihn mit zitternder Hand erschossen. Obgleich er seinem Opfer nur zwei Meter gegenüber stand, verfehlten drei der fünf Schüsse doch das Ziel. Eine vierte Kugel streifte ihn. Und erst der fünfte Schuss sollte vom Rath so treffen, dass er zwei Tage später seiner Verwundung erlag.

Diese gewissermaßen ganz banale Interpretation des Ereignisses erklärt auch sehr gut, weshalb das Nazi-Regime vom ursprünglich geplanten Schauprozess im Berliner Volksgerichtshof absah. Ernst vom Rath wurde durch Goebbels Propaganda zum ersten Opfer des vom „Weltjudentum" gegen Deutschland angezettelten Krieges stilisiert. Jetzt öffentlich bekannt werden zu lassen, dass sich der deutsche Märtyrer sowohl der Homosexualität als auch der Rassenschande schuldig gemacht hatte, verbot sich von selbst.

Doch wie kam es eigentlich zur „Polenaktion“, in derem Zuge die Familie von Herschel Grynszpan aus Deutschland ausgewiesen wurde? Die andere Hälfte der Wahrheit lautet: Sie war eine Reaktion auf den Versuch Polens, seine Juden nach Deutschland abzuschieben. Am 31. März 1938 hatte die polnische Regierung ein Gesetz erlassen, nach dem jeder Pole, der mehr als fünf Jahre im Ausland gelebt hatte, ausgebürgert werden konnte. Es war ein offenes Geheimnis, dass diese Verordnung dem alleinigen Ziel diente, sich der etwa 55.000 in Deutschland lebenden polnischen Juden zu entledigen.

Am 15. Oktober 1938 wurde dieses Gesetz durch eine zusätzliche Anordnung noch verschärft. Jetzt hieß es plötzlich, dass kein im Ausland ausgestellter Pass mehr zur Einreise nach Polen berechtige, wenn er nicht spätestens bis zum 30. Oktober 1938 von den zuständigen Behörden überprüft worden sei.

Nachdem die deutsche Regierung zweimal vergeblich bei der polnischen Regierung Protest erhob, beauftragte das Auswärtige Amt am 26. Oktober 1938 die Gestapo mit der Abschiebung der polnischen Juden aus dem Deutschen Reich. Obgleich die Aktion auf Grund des polnischen Widerstandes bereits am 29. Oktober 1938 abgebrochen werden musste, waren zwischenzeitlich doch zumindest schon etwa 16.000 Juden zwangsweise ausgewiesen worden – unter ihnen auch die in Hannover lebenden Eltern von Herschel Grynszpan.

Saul Friedländer gehört zu den wenigen Historikern, die die unliebsamen Vorgänge, die der Polenaktion vorausgegangen waren, nicht unterschlagen. So schreibt er etwa: „Die Polnische Republik [hatte] zwischen 1933 und 1938 verschiedene Verwaltungsmaßnahmen angewendet, die darauf zielten, in Deutschland lebende polnische Juden an der Rückkehr zu hindern.“

Und er fährt fort: „Am 27. und 28. Oktober [1938] taten sich Polizei und SS zusammen und transportierten Juden in die Nähe der polnischen Stadt Zbaszyn, wo sie sie über den Fluss schickten, der die Grenze zwischen den beiden Ländern markierte. Die polnischen Grenzwachen schickten sie zurück. Tagelang wanderten die Deportierten in strömendem Regen und ohne Nahrung zwischen den Fronten hin und her; die meisten von ihnen endeten dann in einem polnischen Konzentrationslager in der Nähe von Zbaszyn."

Da sich das nächste Kapitel mit dem vermeintlich „heimtückischen Überfall auf Polen" beschäftigen wird, bietet sich an dieser Stelle eine gute Gelegenheit, einen kurzen Blick auf die Politik der damaligen Warschauer Regierung zu werfen. Obgleich es um der deutsch-polnischen Aussöhnung willen gerne verschwiegen wird, war das Polen der Vorkriegszeit doch fast genauso autoritär und antisemitisch wie Deutschland.

So war es beispielsweise Polen, das als erstes europäisches Land „Konzentrationslager“ einrichtete. Auch war es Polen, das als erstes europäisches Land ernsthaft die Idee verfolgte, alle Juden auf die Insel Madagaskar zu verfrachten. Und schließlich war es auch Polen, das als erstes europäisches Land den Juden kurzerhand die Staatsbürgerschaft entzog.

Der Vorsitzende der Nationaldemokratischen Partei Polens, Roman Dmowski, prophezeite in den 30er Jahren ein „internationales Pogrom gegen Juden“, das „dem jüdischen Kapitel der Geschichte ein Ende setzen“ werde. Und tatsächlich fanden in mehreren Orten Polens Pogrome statt: 1934 in Wilna, 1935 in Grodno, 1936 in Minsk und 1937 in Brest.

Wie Niall Ferguson berichtet, „waren die Juden auch in Polen unverhältnismäßig erfolgreich, insbesondere im Hochschulbereich und in den freien Berufen. Während sie nur neun Prozent der Bevölkerung ausmachten, lag ihr Anteil an den Universitäten bei

über 20 Prozent. 56 Prozent der niedergelassenen Ärzte, 43 Prozent der Privatlehrer, 34 Prozent der Rechtsanwälte und 22 Prozent der Journalisten waren Juden. Offizielle Boykotte führten zu einem drastischen Rückgang der Zahl jüdischer Geschäfte; in der Gegend von Bialystok sank ihr Anteil zwischen 1932 und 1938 von 92 auf 50 Prozent. Durch das Verbot ritueller Schlachtungen wurden Juden aus dem Fleischergewerbe ausgeschlossen. Jüdische Studenten mussten in Hörsälen separat sitzen und durften keine juristischen Berufe mehr ergreifen. Bis 1938 war ihr Anteil an den eingeschriebenen Studenten auf 7,5 Prozent gesunken. Ende 1938 bestand das erklärte Ziel der polnischen Regierung darin, die ‚jüdische Frage' durch erhöhten Auswanderungsdruck zu lösen."

Die autoritäre Politik Warschaus spielte auch beim Ausbruch des Krieges vom 1. September 1939 eine weit aktivere Rolle als gemeinhin angenommen.

Doch dies wird der Gegenstand des nächsten Kapitels sein.

„Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen!“

Wie der britische Historiker Ian Kershaw in seinem Buch „Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung.“ schreibt, war die deutsche Bevölkerung davon überzeugt, dass Hitler ein „Mann des Friedens“ sei. Als der sichtlich übermüdete „Führer“ am 1. September 1939 mit tiefer Enttäuschung in der Stimme verkündete, dass Deutschland sich mit Polen im Krieg befinde, glaubte man ihm daher auch aufs Wort, dass er alles in seiner Macht Stehende getan habe, um den seit Monaten schwelenden Konflikt mit dem östlichen Nachbarn friedlich zu lösen.

Und tatsächlich hatte Hitler die mit Polen bestehenden Probleme wieder und wieder auf dem Wege von Verhandlungen zu lösen gesucht. Doch wie kam es eigentlich zu dem Konflikt mit Polen? Nachdem Hitler die meisten der Deutschland in Versailles entrissenen Gebiete „heim ins Reich“ geführt hatte,

wünschte er sich nun auch eine Rückkehr der Freien Stadt Danzig. Am 24. Oktober 1938 ließ er seinen Außenminister Joachim von Ribbentrop dem polnischen Botschafter Józef Lipski folgendes Angebot unterbreiten: Wenn Warschau sich mit der Rückkehr der Freien Stadt Danzig zum Deutschen Reich einverstanden erkläre, würde Berlin alle übrigen in Versailles getroffenen Gebietsabtretungen anerkennen. Polen dürfe also im Tausch gegen Danzig die deutschen Provinzen Posen, Westpreußen und Ostoberschlesien behalten.

Dies war ein über den Maßen großzügiges Angebot. Um zu sehen, wie großzügig es war, muss man sich zweierlei in Erinnerung rufen. Erstens: Keine der 16 Regierungen der Weimarer Republik hätte auch nur im Traum daran gedacht, die von Deutschland abgetrennten Provinzen Polen zu überlassen. Posen, Westpreußen und Ostoberschlesien waren deutsch und sollten auch weiterhin deutsch bleiben. Und zweitens: Danzig gehörte nicht zu Polen.

Danzig war ein Freistaat, dessen Bevölkerung zu 95 Prozent deutsch war. Wenn Warschau einer Rückkehr Danzigs zum Deutschen Reich zugestimmt hätte, hätte Polen also keinen einzigen Quadratmeter eigenen Territoriums verloren.

Am Ende des Gesprächs vom 24. Oktober 1938 bat sich der polnische Botschafter Józef Lipski gegenüber Joachim von Ribbentrop eine Bedenkzeit aus. Der deutsche Außenminister versicherte, dass es mit der Rückkehr Danzigs zum Deutschen Reich keine Eile habe. Die Warschauer Regierung solle das deutsche Angebot in aller Ruhe prüfen und dann einen Termin für weitere Gespräche vorschlagen.

In den darauf folgenden Gesprächen vom 19. November 1938, vom 5. Januar 1939 und vom 21. März 1939 hielt die Warschauer Regierung die Berliner Regierung aber einfach nur hin: Man benötige mehr Zeit, um das deutsche Angebot zu prüfen.

Am 23. März 1939 ordnete Polen jedoch plötzlich eine Teilmobilmachung seiner Streitkräfte an. Als sich von Ribbentrop nach dem Grund der Mobilmachung erkundigte, entgegnete ihm Lipski, dass „er die unangenehme Pflicht habe, darauf hinzuweisen, daß jede weitere Verfolgung der deutschen Pläne, insbesondere soweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich betreffen, den Krieg mit Polen bedeuten."

Wie kam es, dass Polen Deutschland plötzlich mit Krieg drohte? Am 21. März 1939, also zwei Tage vor der polnischen Teilmobilmachung, trafen sich der französische Außenminister Georges Bonnet und der britische Außenminister Lord Halifax in Paris und beschlossen, Polen eine Garantieerklärung anzubieten. Mit Großbritannien und Frankreich im Rücken ließ sich Polen nun dazu hinreißen, laut mit dem Säbel zu rasseln.

Am 31. März 1939 verkündete der englische Premierminister Sir Neville Chamberlain im Unterhaus

offiziell die britische Garantieerklärung an Polen: Seiner Majestät Regierung habe sich verpflichtet, Polen alle in ihrer Macht stehende Hilfe zu gewähren, sollte es sich in seiner Unabhängigkeit bedroht fühlen und sich mit seinen Streitkräften zum Widerstand gezwungen sehen.

Diese Garantieerklärung war ein „Blankoscheck“ für Polen. Nachdem Außenminister Oberst Józef Beck verkündet hatte, dass „ein von Polen abhängiges Danzig ein Symbol polnischer Macht“ sei, konnte sich Warschau bereits durch weitere deutsche Vorschläge zur Rückkehr Danzigs „in seiner Unabhängigkeit bedroht fühlen“.

Der Blankoscheck an Polen stieß denn auch selbst in Großbritannien bei vielen Politikern auf harsche Kritik. Der frühere Kriegspremier Sir David Lloyd George bezeichnete Chamberlains Garantieerklärung kurzerhand als ein „hirnrissiges Versprechen“. Der frühere Kriegsminister Duff Cooper sagte:

„Niemals in der Geschichte hat England einer zweitrangigen Macht die Entscheidung darüber eingeräumt, ob Großbritannien in einen Krieg einzutreten habe oder nicht. Jetzt ist diese Entscheidung einer Handvoll Leuten überlassen, deren Namen in England vollkommen unbekannt sind. Und diese Unbekannten können morgen die Entfesselung eines europäischen Krieges befehlen.“ Sir Roy Denman verurteilte die Garantie nach dem Krieg als „die verantwortungsloseste Verpflichtung, die eine britische Regierung jemals abgegeben hat. Sie legte die Entscheidung über Krieg und Frieden in Europa in die Hände einer rücksichtslosen, unnachgiebigen, säbelrasselnden Militärdiktatur.“

Überhaupt war es schwer verständlich, weshalb England plötzlich für Danzig in einen Krieg zu ziehen bereit war. Unmittelbar nach Versailles bezeichnete der damalige britische Außenminister Austen Chamberlain die Abtrennung Danzigs und die Bildung des Polnischen Korridors als einen fata-

len Fehler, „für den keine Londoner Regierung je die Knochen auch nur eines einzigen britischen Grenadiers opfern wird.“ Selbst Winston Churchill betrachtete die Situation Danzigs als ein Pulverfass. Am 24. November 1932 sagte er vor dem Unterhaus: „Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie das Problem Danzigs und des Korridors lösen. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen.“ Und der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, erklärte am 26. April 1939 schließlich: „Wäre Danzig vor sechs Monaten an Deutschland gefallen, würde kein Hahn danach gekräht haben. Eine Rückkehr Danzigs und eine Beseitigung des Korridors erscheint mir als eine durchaus gerechte Regelung. Wenn Schottland von England durch einen irischen Korridor getrennt wäre, würden wir mindestens so viel verlangen, wie Hitler jetzt verlangt.“

Ich werde im nächsten Kapitel zu erklären versuchen, was England und Frankreich zu der Garantieerklärung an Polen veranlasste. Für den Moment ist nur wichtig, dass der Blankoscheck die Warschauer Regierung dazu verführte, nicht nur jede weitere Verhandlung über Danzig abzulehnen, sondern Deutschland sogar bewusst zu provozieren.

Am 5. Mai 1939 hielt der polnische Außenminister Józef Beck vor dem Parlament eine Rede, für die er frenetischen Beifall erntete. Er erklärte, dass die Friedensbestimmungen von Versailles gerecht gewesen seien und sprach Deutschland jedes Recht ab, auf eine Rückkehr Danzigs zu drängen. Geradezu kämpferisch fügte er hinzu: „Unsere Generation, die ihr Blut in verschiedenen Kriegen vergossen hat, verdient ganz sicher eine Zeitspanne des Friedens. Aber Frieden – wie fast alles in dieser Welt – hat seinen Preis, hoch, aber bestimmbar. Wir in Polen erkennen die Auffassung von ‚Frieden um jeden Preis' nicht an. Im Leben von Männern, Nationen

und Staaten gibt es nur eines, das keinen Preis hat, und das ist die Ehre."

Nach der Teilmobilmachung seiner Streitkräfte stellte diese an Hitler gerichtete Kampfansage ein erneutes Säbelrasseln Polens dar. Doch es sollte noch weit schlimmer kommen. Von der Presse und dem Rundfunk unterstützt, verkündeten polnische Politiker, dass die Deutschen, die in den von Polen annektierten Provinzen lebten, „Staatsfeinde" seien. Ab Mitte Mai 1939 wurden daher in vielen Orten Polens deutsche Schulen geschlossen. Deutsche Studenten, die an einer polnischen Universität studierten, wurden am Besuch ihrer Vorlesungen gehindert. In Warschau warf man die Fensterscheiben der Deutschen Botschaft ein. Vor dem Eingang demonstrierten Menschen mit Parolen wie „Es lebe das polnische Danzig!", „Nieder mit Hitler!" oder „Nächste Woche gehen wir nach Berlin!" Und immer häufiger bekamen die Volksdeutschen jetzt zu

hören: „Wenn es zum Krieg kommt, werden wir Euch alle aufhängen!“

Am 19. Juni 1939 berichtete der deutsche Botschafter in Warschau, Graf von Moltke, dem Auswärtigen Amt in Berlin: „Die Lage der deutschen Volksgruppe hat sich im Verlauf der letzten Wochen ganz wesentlich verschlechtert und die Verhetzung hat Ausmaße angenommen, wie ich sie während meiner langjährigen hiesigen Tätigkeit noch nicht habe beobachten können. Am Dienstag, den 13. Juni, [...] erfolgte der bisher schwerste Schlag gegen das Deutschtum mit der Enteignung des Deutschen Hauses in Bromberg, der Schließung des Deutschen Hauses in Lodsch und der Beschlagnahmung des Deutschen Hauses in Tarnowitz. [...] Auf meine Frage, ob er es nicht für angezeigt halten würde, der gefährlichen Politik Einhalt zu gebieten, antwortete mir der polnische Staatssekretär Graf Szembek nur mit einem resignierten Achselzucken.“

Im August wurde die Lage der deutschen Minderheit in Polen geradezu unerträglich. Kirchen, in denen man deutsche Gottesdienste abhielt, wurden gestürmt. Auf dem Lande wurden deutsche Höfe angezündet. Und in den Städten wurden die Menschen auf offener Straße verprügelt. Am 20. August 1939 forderte der Politiker Michał Grazynski von seinen Landsleuten: „Schlagt die Deutschen nieder, wo ihr sie trefft!" Am 25. August begannen die polnischen Behörden mit der Verhaftung und Verschleppung von 15.000 Volksdeutschen. In Deutschland mussten Zeltlager eingerichtet werden, um die aus Polen strömenden Flüchtlinge aufzunehmen. Nach offiziellen Angaben sollen bis zum Kriegsausbruch 78.000 Volksdeutsche ins Reich geflohen sein; noch einmal 18.000 retteten sich nach Danzig.

Angesichts dieser polnischen Übergriffe auf Volksdeutsche warnte der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, seine Regierung in London.

Er schrieb: „Die Elemente, die dazu neigen, Deutschland zu demütigen, werden durch Presseartikel in England und Polen bestärkt. Es mag sein, daß die Demütigung für Hitler heilsam ist, aber wenn diese gefährliche Politik nicht die der Regierung Seiner Majestät ist, so schlage ich ernstlich vor, daß sowohl in Warschau als auch in London das Äußerste getan werden sollte, um zu verhindern, daß Hitler in den nächsten Wochen in eine Lage getrieben wird, in der des Diktators Stolz ihm nicht mehr gestatten werde, langsam zu treten, selbst wenn er es wollte."

Henderson hatte recht. Die polnischen Übergriffe auf Deutsche glichen einer schallenden Ohrfeige in das Gesicht des Führers. Wenn Hitler nicht sein Gesicht verlieren wollte, war er gezwungen, endlich zu handeln. Doch was konnte er tun? Wenn er Polen den Krieg erklärt hätte, wären England und Frankreich auf Grund ihrer Garantieerklärung genötigt gewesen, an der Seite Polens zu kämpfen. Hitler

wollte aber keinen Krieg mit England und Frankreich. In dieser ausweglosen Situation nahm er Stalins Angebot eines Nichtangriffspaktes an. Der am 23. August 1939 unterzeichnete „Hitler-Stalin-Pakt“ sollte die Regierungen von London und Paris dazu bewegen, ihre Garantieerklärung an Warschau zurück zu nehmen. Ohne die Hilfe der Sowjetunion, meinte Hitler, müssten England und Frankreich schließlich einsehen, dass sie gar keine Möglichkeit hätten, Polen wirksam zu helfen.

Hitlers Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht. Am 25. August 1939 unterzeichneten die Regierungen Londons und Warschaus einen Britisch-Polnischen Beistandspakt. Da England trotz des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes zu seiner Garantie stand, blies Hitler den für den 26. August geplanten Angriff auf Polen ab. Er wandte sich an London und bat die britische Regierung, ihm dabei zu helfen, sich mit Polen auf friedlichem Wege einigen zu können. Am 28. August erhielt man in Berlin eine

Antwort aus London: Seiner Majestät Regierung hätte die Zusicherung der polnischen Regierung, dass sie bereit sei, in erneute Besprechungen einzutreten. Hitler bedankte sich am 29. August für die britische Vermittlung und ersuchte um die Entsendung eines „mit allen Vollmachten versehenen polnischen Unterhändlers" für den 30. August nach Berlin.

Der 30. August 1939 verging, ohne dass ein polnischer Unterhändler in Berlin erschien. Stattdessen wurde bekannt, dass Warschau die Generalmobilmachung der polnischen Streitkräfte befohlen hatte. Hitler rief General von Brauchitsch zu sich und bestimmte nun einen neuen Angriffstermin auf Polen: Am 1. September ab 5 Uhr 45!

Meines Erachtens kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Warschauer Regierung den Krieg wollte. Mit England und Frankreich an seiner Seite war sich Polen des Sieges gewiss. Nach einem kur-

zen Feldzug hoffte man in Berlin zu stehen. Nicht nur Posen und Westpreußen, sondern auch Schlesien und Ostpreußen wären dann polnisch. Damit wäre der Grundstein für das erhoffte Großpolen gelegt, das von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichen sollte. Diese Siegeszuversicht zeigte sich wohl nirgends so deutlich wie darin, dass der polnische Oberbefehlshaber Marschall Rydz-Smigly im Sommer 1939 ein Gemälde in Auftrag gab, dass ihn hoch zu Ross vor dem Brandenburger Tor darstellte.

Für den Zweck dieses Buches ist es jedoch ohne jeden Belang, was ich selbst denke. Von Belang ist allein, dass die damalige deutsche Bevölkerung den Feldzug gegen Polen als einen zwar bedauernswerten, aber notwendigen Krieg empfand. Angesichts der immer gewaltsamere Formen annehmenden Übergriffe auf Volksdeutsche war Hitler moralisch berechtigt, Polen den Krieg zu erklären. In den Au-

gen der damaligen Generation war es ein „gerechter Krieg“!

In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal gesagt, dass es vollkommen irreführend ist, wenn man bis heute von einem „Überfall auf Polen“ spricht. Wie der Militärhistoriker Heinz Magenheimer zu Recht schreibt, kann man nur dann sinnvoll von einem Überfall sprechen, wenn der Gegner ahnungslos und unvorbereitet ist: „Beides traf im Falle Polens nicht zu.“

„Wollt ihr den totalen Krieg?“

Um die Behauptung von Hitlers „Welteroberungsplänen“ zu veranschaulichen, werden in Dokumentationen gerne Karten von Europa verwendet, in denen man plötzlich in jedem von Deutschland besetzten Land brennende Hakenkreuze aufflammen lässt. Das Feuer breitet sich unaufhaltsam aus, bis zuletzt ganz Europa in Flammen steht.

Das auf diese Weise entstehende Bild ist durchaus eindrucksvoll. Doch es stellt die Tatsachen vollkommen auf den Kopf. Hitler hat die Deutsche Wehrmacht nicht in Polen, Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Jugoslawien, Griechenland, Kreta, Tunesien, Libyen, Ägypten und die Sowjetunion einmarschieren lassen, um die Welt zu erobern, sondern um den Feind zurück zu schlagen.

Um dies zu sehen, muss man noch einmal zum 1. September 1939 zurück kehren. Wie im letzten Kapitel gezeigt, hatte Hitler bis zuletzt versucht, einen großen Krieg zu verhindern. Er wollte eine Strafexpedition gegen Polen, aber keinen Krieg mit England und Frankreich. Selbst nach dem 1. September 1939 hatte er noch alles versucht, um einen europäischen Krieg zu verhindern. Auf Anregung von Mussolini hatte er einer Friedenskonferenz mit England, Frankreich, Italien und Polen zugestimmt. Diese für den 5. September geplante Friedenskonferenz kam jedoch nie zustande, weil England darauf bestand, dass Hitler zunächst seine Truppen aus Polen zurück nehmen müsse, bevor man zu Verhandlungen bereit sei. Hitler verwies zu Recht darauf, dass noch nie in der Geschichte ein Land seine siegreichen Truppen *vor* Friedensverhandlungen, sondern erst *nach* Friedensverhandlungen zurückgezogen habe. Er war daher zunächst nur zu einem Waffenstillstand bereit.

Um der Erhaltung des Friedens willen gab Hitler am 2. September jedoch nach und entsandte den Leiter des Deutschen Nachrichtenbüros in London, Fritz Hesse, in die Downing Street, um Neville Chamberlains Mitarbeiter Sir Horace Wilson folgendes Angebot zu unterbreiten: „Deutschland sei bereit, seine Truppen aus Polen zurückzunehmen, Reparationen für den angerichteten Schaden zu leisten und sich mit der Rückkehr Danzigs in das Reich zu begnügen, wenn England die Vermittlung übernähme."

Wilson antwortete, dass es zu spät sei, den Vorschlag dem Kabinett zu unterbreiten, da er nicht die geringste Chance hätte, angenommen zu werden. Um die britische Haltung zu verdeutlichen, fügte er hinzu: „England kann die Hegemonie einer anderen Macht auf dem Kontinent nicht dulden. Wir haben 22 Jahre gegen Napoleon gekämpft, wir werden 100 Jahre gegen Hitler kämpfen, wenn es erforderlich sein sollte."

Meines Wissens gibt es keinen seriösen Historiker, der Hitler ernsthaft Welteroberungsabsichten unterstellt. Die überwiegende Mehrheit ist sich darin einig, dass Hitler nicht einmal einen Krieg mit England oder Frankreich – ganz zu schweigen von einem Krieg mit Amerika! – wollte. Wie selbst Joachim Fest zugibt, hatte Hitler nur wenige Wochen vor Beginn des Polenfeldzugs zu Admiral Dönitz gesagt, „es dürfe keinesfalls zu einem Krieg mit England kommen, ein Krieg mit England bedeute nichts anderes als »finis Germaniae«."

Dass Hitler einen Krieg mit England um jeden Preis vermeiden wollte, zeigte sich auch an seiner Reaktion, als er am 3. September die britische Kriegserklärung von seinem Chefdolmetscher Dr. Paul Schmidt vorgelesen bekam. Als dieser das Arbeitszimmer betrat, saß Hitler an seinem Schreibtisch, während Ribbentrop etwas abseits am Fenster stand:

„Beide blickten gespannt auf, als sie mich sahen. Ich blieb in einiger Entfernung von Hitlers Tisch stehen und übersetzte ihm dann langsam das Ultimatum der britischen Regierung. Als ich geendet hatte, herrschte völlige Stille. Wie versteinert saß Hitler da und blickte vor sich hin. Er war nicht fassungslos, wie es später behauptet wurde, er tobte auch nicht, wie es wieder andere wissen wollten. Er saß völlig still und regungslos an seinem Platz. Nach einer Weile, die mir wie eine Ewigkeit vorkam, wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehengeblieben war: »Was nun?«“

Schon unmittelbar nach Beendigung des Polenfeldzugs streckte Hitler erneut seine Hand zum Frieden aus. Am 6. Oktober 1939 wandte er sich an die Regierungen von London und Paris: „Ich habe unserer Bereitwilligkeit zum Frieden Ausdruck gegeben. Deutschland hat gegen die westlichen Gegner überhaupt keinen Kriegsgrund.“ Schon damals prophezeite er, dass von einem Krieg zwischen Deutsch-

land und England letztlich nur Russland und Amerika profitieren werden. Dennoch wurde Hitlers Friedensangebot am 12. Oktober 1939 zurückgewiesen.

Indessen stand Polen von aller Welt verlassen da. Trotz ihrer Garantieerklärung rührten England und Frankreich keinen Finger, um den mit ihnen verbündeten Polen zur Hilfe zu eilen. Zu allem Überfluss wurde Polen nicht nur von Deutschland, sondern auch von der Sowjetunion angegriffen. Am 18. September 1939 floh die polnische Regierung nach Bukarest, später dann nach Paris und schließlich nach London. Bezeichnenderweise ließ man Außenminister Józef Beck, mit dem man das Garantieabkommen abschloss, in Rumänien sitzen. Er verstarb dort 1944 einsam und allein an Tuberkulose.

Auch wenn England und Frankreich in den ersten Monaten des Krieges – dem sogenannten „Sitzkrieg“ – militärisch nichts unternahmen, saßen sie doch

nicht auf ihrem Allerwertesten. Am 5. Februar 1940 beschlossen die Alliierten, in Skandinavien einzumarschieren, um Deutschland von seiner Erzzufuhr abzuschneiden; über Griechenland wollte man den gesamten Balkan einnehmen, um Deutschland von seiner Ölversorgung abzuschneiden; und über Belgien wollte man schließlich ins Ruhrgebiet vorstoßen, um das Herz der deutschen Rüstungsindustrie zu treffen.

Genau diese alliierten Pläne waren es, die Hitler nötigten, die Deutsche Wehrmacht nahezu ganz Europa besetzen zu lassen. Nachdem am 8. April 1940 britische Truppen in Norwegen gelandet waren und damit begannen, die Seewege zu verminen, ließ Hitler die Wehrmacht über Dänemark nach Norwegen marschieren, um die Engländer von dort zu vertreiben. Um dem Angriff auf das Ruhrgebiet zuvor zu kommen, ließ Hitler am 10. Mai 1940 Luxemburg, Holland, Belgien und Frankreich besetzen. Von dort aus vertrieb er das bereits im Herbst

1939 auf dem Kontinent gelandete britische Expeditionskorps.

Zwischen dem 26. Mai und dem 4. Juni 1940 schifften sich in Dünkirchen 338.226 alliierte Soldaten ein, um die Flucht nach England zu ergreifen. Winston Churchill, der am 10. Mai 1940 neuer britischer Premierminister geworden war, feierte dies als „Englands stolzeste Stunde". Niall Ferguson merkt dazu ganz richtig an: „Im kollektiven Gedächtnis der Briten gilt die Evakuierungsaktion von Dünkirchen als Triumph. Sachlich angemessener wurde sie in der deutschen Wochenschau dargestellt: als demütigende Niederlage." Im verzweifelten Gedränge um die letzten Schiffsplätze schossen englische Soldaten sogar auf ihre belgischen und französischen Verbündeten.

Zwischen dem 21. und 30. April 1941 wiederholte sich das Bild. Nachdem die Engländer dieses Mal über Griechenland anzugreifen suchten, schickte

Hitler die Wehrmacht auf den Balkan. Ferguson schreibt: „Am 6. April marschierten deutsche Truppen in Jugoslawien ein; acht Tage später musste die Regierung in Belgrad um einen Waffenstillstand ersuchen. Jetzt brachen Einheiten der Wehrmacht über Griechenland herein, manövrierten die griechischen Truppen aus und zwangen ein weiteres britisches Expeditionskorps zur Flucht. Am 30. April mussten die Briten den Peleponnes räumen und sich nach Kreta zurückziehen. Aber die Deutschen setzten nach. Wieder mussten die Briten, diesmal unter dem Ansturm eines deutschen Luftlandeunternehmens, in verzweifelter Eile, ihre Stellungen räumen.“ Innerhalb von drei Tagen, zwischen dem 28. und 31. Mai 1941, hatte man das aus englischen, australischen und neuseeländischen Soldaten bestehende Expeditionskorps auch von Kreta vertrieben.

Dabei waren all diese blutigen Unternehmungen vollkommen unnötig. Denn bereits am 19. Juli 1940,

kurz nach dem Sieg über Frankreich, hatte Hitler abermals seine Hand zum Frieden ausgestreckt: „In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet, vor meinem Gewissen noch einmal einen Appell an die Vernunft auch an England zu richten: Ich sehe keinen Grund, der zur Fortführung dieses Kampfes zwingen könnte."

Obgleich Churchill genau wusste, dass Hitler bereit war, seine Truppen aus Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich zurück zu nehmen, behauptete er, dass ein siegreiches Deutschland „kein Erbarmen kennen" werde; „wir wären für immer zu Vasallen und Sklaven erniedrigt." Dabei hatte Hitler gar keine Kapitulation Englands verlangt. Es sollte weder Sieger noch Besiegte geben. Doch Churchill, der ahnte, dass das Ende des Krieges auch das Ende seiner politischen Karriere bedeuten würde, beschwor die englische Bevölkerung mit pathetischen Worten: Vom Ausgang des Krieges hänge „das Schicksal der

christlichen Zivilisation ab“; im Falle eines deutschen Sieges werde „die ganze Welt in den Abgrund eines neuen Mittelalters versinken“; es sei daher „weit besser, wenn der letzte Engländer im Kampf fällt und *finis* unter unsere Geschichte geschrieben wird, denn als Sklaven dahinzuschmachten.“

Drei Dinge dürften bis hierher bereits deutlich geworden sein. Erstens, es waren England und Frankreich, die Deutschland den Krieg erklärt hatten, und nicht Deutschland, das England und Frankreich den Krieg erklärte. Zweitens, seit dem Polenfeldzug war Hitler stets der Reagierende, nie der Agierende. Er hat die Wehrmacht erst nach Skandinavien, Westeuropa und den Balkan befohlen, nachdem die britischen Streitkräfte dort Fuß zu fassen suchten. Und drittens, Hitler war lediglich bemüht, den Krieg zu beenden. Ob bei der Vertreibung der Engländer aus Norwegen, aus Dünkirchen oder aus Griechenland, stets ging es allein darum, Großbritannien an den Verhandlungstisch zu zwingen.

So paradox es zunächst auch anmuten mag, doch selbst die „Operation Barbarossa“, also der Feldzug gegen die Sowjetunion, war ursprünglich nur zur Wiederherstellung des Friedens geplant. Nachdem London erneut die zum Frieden gereichte Hand zurückwies, fragte sich Hitler, weshalb Churchill weiter einen Krieg führen wolle, den er doch offenkundig nicht gewinnen könne. England, so wurde Hitler klar, weigerte sich, in Friedensverhandlungen einzutreten, weil es noch auf eine Unterstützung durch Russland und Amerika hoffte. Am 31. Juli 1940, so schreibt auch der britische Historiker Richard Overy, beschloss Hitler daher den Feldzug gegen die Sowjetunion, die er als „Englands letzte Hoffnung in Europa“ betrachtete.

Wie beim Polenfeldzug, so handelte es sich auch beim Russlandfeldzug keineswegs um einen heimtückischen „Überfall“. Als Stalin im Sommer 1939 Hitler einen Nichtangriffspakt anbot, hatte er seine eigenen Pläne.

Er wollte die „kapitalistischen Mächte“ in einen mehrere Jahre andauernden und große Kräfte verschleißenden Krieg treiben. Sobald Deutschland und England erschöpft und ausgeblutet am Boden lagen, wollte er mit seiner Roten Armee den Kriegsschauplatz betreten, um „die Revolution nach Europa zu tragen“.

Es wird nach wie vor viel zu selten erwähnt, dass die angeblich so „friedliebende Sowjetunion“ eine aggressive Politik betrieb. Sie beteiligte sich nicht nur am Krieg gegen Polen, sondern marschierte im Winter 1939 auch in Finnland ein. Mehr noch: Während Hitler mit Churchill rang, machte sich Stalin daran, Litauen, Lettland und Estland sowie Moldawien, Bessarabien und die Bukowina zu besetzen. All dies stellte, wie auch Werner Maser erklärt, einen „Wortbruch“ gegenüber Hitler dar.

Als die deutsche Wehrmacht am 22. Juni 1941 die Grenze zur Sowjetunion überschritt, um einen po-

tenziellen Alliierten Großbritanniens auszuschalten, sah sie sich plötzlich einer nahezu doppelt so großen Streitmacht gegenüber. Auf die 120 Divisionen mit insgesamt 3 Millionen deutscher Soldaten kamen 170 Divisionen mit insgesamt 5 Millionen russischer Soldaten. Spätestens jetzt wurde klar, dass Hitler mit seinem Angriff nur knapp einem Angriff Stalins zuvorgekommen war. Wahrscheinlich sollte die Rote Armee ihre Offensive am 10. Juli 1941 beginnen.

Was bewog nun aber England und Frankreich dazu, Polen einen Blankoscheck auszustellen und den Konflikt über Danzig zunächst zu einem europäischen Krieg und schließlich sogar zu einem Weltkrieg eskalieren zu lassen? Hierauf wird oft mit einem Zitat von Churchill geantwortet, der 1938 unumwunden erklärte: „Wenn Deutschland zu mächtig wird, werden wir es wieder vernichten.“ Vielleicht noch klarer formulierte es 1940 Lord Vansittart: „Das Deutsche Reich ist seit 75 Jahren ein

Fluch, der auf der Welt lastet, und wenn wir es dieses Mal nicht vernichten, werden wir es nie vernichten. Der Feind ist das Deutsche Reich und nicht etwa Hitler oder der Nazismus, und diejenigen, die das bislang noch nicht begriffen haben, haben überhaupt nichts begriffen."

Natürlich gab es mit Winston Churchill, Robert Vansittart, Duff Cooper, Anthony Eden und Leslie Hore-Belisha eine starke Kriegspartei in England. Doch der eigentliche Anstoß zum Krieg kam, wie wir heute wissen, aus Amerika. Wie insbesondere Herbert Hoover in seinem kürzlich erschienenen Buch „Freedom Betrayed" gezeigt hat, war es US-Präsident Franklin D. Roosevelt, der Druck auf England und Frankreich ausübte. Hoover zitiert Chamberlain, der kurz vor seinem Tod erklärte, dass er von Roosevelt gezwungen worden sei, Deutschland den Krieg zu erklären. Auch verweist er auf die Gespräche zwischen dem früheren amerikanischen Marineminister James V. Forrestal und dem damali-

gen amerikanischen Botschafter in London, Joseph P. Kennedy, in dem letzterer versicherte, dass England und Frankreich den deutschen Einmarsch in Polen nie zu einem Kriegsgrund gemacht hätten, wenn sie nicht ununterbrochen vom Weißen Haus dazu gedrängt worden wären.

All dies war bereits Hitler bekannt. Denn als man 1939 in Warschau einmarschierte, stieß man dort auf die Berichte des polnischen Botschafters in Washington, Graf Jerzy Potocki. Potocki hatte Beck regelmäßig über die Situation in den USA auf dem Laufenden gehalten. Dazu gehörte auch, dass Roosevelt mit seiner Wirtschaftspolitik Schiffbruch erlitten hatte. Um die Bevölkerung von innenpolitischen Problemen, wie etwa den 12 Millionen Arbeitslosen, abzulenken, suchte er nach einem außenpolitischen Problem. Und hier bot sich Hitler an. Roosevelt stilisierte Hitler zu einem Monster, „der die ganze Welt erobern und die ganze Menschheit

in einem Meer von Blut ertränken will“, schrieb Potocki.

Um die Bevölkerung für den Krieg zu gewinnen, ließ Roosevelt ihr gefälschte Landkarten vorlegen, die Hitlers angebliche Pläne für eine Eroberung Amerikas beweisen sollten. Wie Churchill, so griff auch Roosevelt tief in die rhetorische Trickkiste, als er seine düstere Vision von einem von Nazis regierten Amerika verkündete: „Statt der Bibel werden die Worte von »Mein Kampf« gewaltsam als Heilige Schrift durchgesetzt werden. An die Stelle des christlichen Kreuzes werden zwei Symbole treten – das Hakenkreuz und das blanke Schwert. Der Gott von Blut und Eisen wird den Platz des Gottes der Liebe und Barmherzigkeit einnehmen.“

Vor diesem Hintergrund wird nun auch verständlich, weshalb Józef Beck Joachim von Ribbentrop so lange hingehalten hatte. Der polnische Außenminister wusste am 24. Oktober 1938 bereits, dass

Roosevelt die Regierungen von London und Paris zur Unterstützung von Polen und zum Krieg gegen Deutschland drängen wird. Sobald Beck den angekündigten Blankoscheck in Händen hielt, wagte er es daher auch, Hitler offen mit Krieg zu drohen. Was Beck allerdings nicht wusste, war, dass Polen in den Plänen Roosevelts nur die Rolle eines Bauernopfers zugedacht war: Es sollte lediglich den Anlass zum Krieg bieten.

Dass Polen missbraucht wurde, um den erhofften Krieg zu ermöglichen, zeigte sich vielleicht nirgends so deutlich wie nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes am 23. August 1939. Dieser Nichtangriffspakt enthielt bekanntlich ein „Geheimes Zusatzprotokoll“, in dem festgelegt wurde, dass Polen im Falle eines Krieges zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion aufgeteilt werden sollte. Der Sekretär der deutschen Botschaft in Moskau, Herwarth von Bittenfeld, verriet dies bereits am nächsten Tag dem Sekretär der amerikanischen

Botschaft in Moskau, Charles Bohlen. Noch am selben Tag, also am 24. August 1939, wurde Roosevelt darüber informiert, dass Polen im Kriegsfall zwischen Hitler und Stalin aufgeteilt werde. Um Józef Beck nicht von seiner unnachgiebigen Haltung gegenüber Deutschland abzubringen, unterließ es Roosevelt jedoch, Warschau zu informieren und ließ Polen damit bewusst ins offene Messer laufen.

Nach dem Gesagten sollte verständlich geworden sein, dass die deutsche Bevölkerung den Zweiten Weltkrieg nicht als einen Angriffskrieg, sondern als einen Verteidigungskrieg betrachtete. Die deutschen Mütter hatten ihre Söhne nicht in den Krieg ziehen lassen, um „die Welt zu erobern", sondern um ihre Heimat zu verteidigen.

Es ist daher auch nachgerade perfide, wenn man in Dokumentationen immer wieder die vollkommen aus dem Zusammenhang gerissene Szene aus Goebbels Sportpalastrede vom 18. Februar 1943 ein-

spielt, in der die Zuhörer auf die Frage „Wollt ihr den totalen Krieg?“ mit einem frenetischen „Ja!“ antwortete. Goebbels Rede war eine Reaktion auf den in Casablanca getroffenen Beschluss der Alliierten, sich mit nichts anderem als einer „bedingungslosen Kapitulation“ Deutschlands zufrieden zu geben. Vor die Wahl zwischen „absoluter Unterwerfung“ und „totalem Krieg“ gestellt, sprachen sich die Anwesenden selbstverständlich für den totalen Krieg aus.

„Wir werden ihre Städte ausradieren!“

Am 1. September 1939 appellierte der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt an die Regierungen von Deutschland und Großbritannien, sich der Bombardierung von Zivilisten zu enthalten. Sowohl Adolf Hitler als auch Neville Chamberlain versicherten noch am selben Tage, ihre Luftangriffe auf rein militärische Ziele zu beschränken.

Wie konnte es denn aber zu den Terrorbombardements von Hamburg und Dresden kommen? „Dumme Frage!“, werden die meisten sagen: „Hitler hatte sein Wort gebrochen! Nach der Bombardierung von Warschau und Rotterdam hatten die Deutschen kein Recht mehr, sich über die Zerstörung ihrer Städte zu beklagen.“

Falsch! Es war nicht Hitler, sondern Churchill, der die Vereinbarung vom 1. September 1939 gebro-

chen hatte. Wie auch Richard Overy in seinem kürzlich erschienenen Buch „Der Bombenkrieg: Europa 1939 – 1945“ klar und deutlich feststellt, „waren es die Engländer, die die im September getroffene Absprache brachen.“

Ende April 1940 erklärte der britische Luftfahrtminister Sir Samuel Hoare in einer Rundfunkansprache noch: „Wir werden nicht versuchen, die Deutschen durch Terrorangriffe auf ihre Frauen und Kinder zu besiegen.“ Doch schon am 12. Mai 1940, also nur zwei Tage nach seinem Amtsantritt als neuer Premierminister – und zwei Tage *vor* der Bombardierung Rotterdams –, berief Winston Churchill das Kriegskabinett ein, um über die Wirkung eines „uneingeschränkten Luftkrieges“ zu debattieren.

„Obwohl angesichts des Risikos deutscher Vergeltungsangriffe Gegenstimmen laut wurden“, schreibt Overy, entschied das britische Kabinett am 15. Mai,

„dass auch dort, wo es zu zivilen Opfern kommen könne, Bomben abgeworfen werden dürfen." Noch „in der Nacht auf den 16. Mai startete das Bomberkommando zu einem ersten Großangriff mit neunundneunzig mittelschweren Bombern auf Ziele im Ruhrgebiet." Darauf folgten die ersten Bombenangriffe auf Kiel, Hamburg, Bremen, Hannover, Münster, Köln, Frankfurt, Mannheim, Stuttgart und München.

Bis zum 4. September 1940 sah sich Hitler diese Bombardierungen geduldig an. Nachdem aber Ende August die Reichshauptstadt Berlin drei Mal hintereinander bombardiert worden war, meldete er sich in seiner typischen Weise zu Worte. Er bezeichnete Churchills Bomberflotte als nächtliche „Luftpiraten", die „wahllos und planlos ihre Bomben auf Wohnviertel abwerfen": „Ich habe drei Monate lang das nicht beantworten lassen, in der Meinung, sie würden diesen Unfug einstellen. Herr Churchill sah darin ein Zeichen unserer Schwäche. Sie werden es

verstehen, wenn wir jetzt von Nacht zu Nacht die Antwort geben." Und fügte dann die berühmten Worte hinzu: „Wir werden ihre Städte ausradieren!"

Wie Overy schreibt, war diese Drohung jedoch rein rhetorisch. Zwar hatte Hitler am 7. September 1940 die britischen Bombardierungen in einer Weise beantwortet, „die alles, was die Royal Air Force hätte erwidern können, weit in den Schatten stellte", doch „erst mit dem Beginn der V-Waffenangriffe im Juni 1944 befürwortete er gänzlich unterschiedslose Angriffe auf britische Ziele."

Doch was ist mit Warschau und Rotterdam? Waren diese Angriffe nicht eindeutige Kriegsverbrechen von Seiten der deutschen Luftwaffe? Nein. „An den ersten drei Tagen des Feldzugs gegen Polen," schreibt Overy, „griffen immer neue Wellen von deutschen Bombern und Sturzkampfbombern Flugplätze, Eisenbahnknotenpunkte, Militärdepots und Rundfunksender an. Die polnische Luftwaffe

war so rasch überwältigt, dass beinahe jeder Widerstand erlosch. Als die deutschen Armeen den Ring um Warschau und die benachbarte Festung Modlin schlossen, wurde die Luftwaffe angewiesen, Truppenkonzentrationen im Stadtinneren wie am Rande der Stadt zu bombardieren, nicht aber die ‚aus der Stadt strömenden Flüchtlingskolonnen'.

Am 16. September erhielt der Warschauer Stadtkommandant ein Ultimatum von sechs Stunden, um zu kapitulieren. Er weigerte sich mit dem Hinweis, die Hauptstadt sei eine militärische Sonderzone, woraufhin deutsche Maschinen Flugblätter abwarfen, in denen die Einwohner aufgefordert wurden, die Stadt zu verlassen. Da Warschau befestigt war, konnten die deutschen Luftstreitkräfte legitimer Weise die Artillerie bei der Belagerung der Stadt unterstützen.

Am 22. September befahl Hitler, den polnischen Widerstand in Warschau endgültig zu ersticken,

unter anderem mit Luftschlägen auf wichtige militärische und wirtschaftliche Ziele sowie auf Gebäude, in denen militärische Dienststellen und politische Behörden untergebracht waren. Die Luftangriffe sollten die Kapitulation der polnischen Truppen, die die Stadt verteidigten, beschleunigen, mehr nicht."

Die Zahl der Warschauer Bombenopfer ist laut Overy von Anfang an bewusst übertrieben worden: „Schätzungen, die von 20.000 bis 40.000 Toten ausgehen, sind sicherlich übertrieben, eine solche Zahl von Todesopfern hätte einen Feuersturm vorausgesetzt, wie ihn Hamburg 1943 oder Dresden 1945 erlebten." Heutige Schätzungen gehen von etwa 2.500 bis maximal 7.000 Toten aus.

Und Rotterdam? „Für den 14. Mai wurden Luftangriffe auf militärische Ziele im umkämpften Stadtgebiet befohlen. Am Morgen dieses Tages leiteten holländische Behörden Übergabeverhandlungen

ein. Kurz nach zwölf Uhr mittags bat Generalleutnant Rudolf Schmidt die Luftwaffe, den Angriff abzubrechen. Er werde wegen Verhandlungen verschoben. Während man noch verhandelte, tauchte am Horizont eine große Zahl Heinkel He-111 auf, die in zwei Gruppen das Stadtzentrum anflogen. Schmidt ließ in aller Eile rote Signalmunition schießen; ‚Mein Gott, das gibt eine Katastrophe! ', rief er aus. Die Hälfte der etwa hundert Bomber sah das Signal und drehte ab, siebenundfünfzig Maschinen warfen jedoch ihre Bomben, wie befohlen, auf militärische Ziele in einem dreieckigen Stadtgebiet nördlich der Maas ab. Im Zuge des Angriffs brannten etwa 7,5 Quadratkilometer Stadtgebiet nieder, nach jüngsten Schätzungen kamen etwa 850 Menschen ums Leben."

Auch in Bezug auf Rotterdam ließ man aus Propagandagründen die Zahl der Opfer bewusst übertreiben. So wurde etwa in einer im März 1944 von der Royal Air Force herausgegebenen Dienstvorschrift

zur Luftkampfausbildung behauptet, dass es in Rotterdam „30.000 Tote in 30 Minuten“ gegeben hätte.

Auf der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 forderte man nicht nur die „bedingungslose Kapitulation“ Deutschlands, sondern auch die tagtägliche Bombardierung Deutschlands. Churchill meinte, dass es an der Zeit sei, „die Samthandschuhe auszuziehen“: „Ich bin ganz und gar dafür, jetzt mit allem auf Deutschland dreinzuschlagen, was auf den Schlachtfeldern entbehrt werden kann.“

Noch im selben Jahr wurden in Essen 30.000, in Dortmund 40.000, in Krefeld 70.000, in Wuppertal 130.000, in Düsseldorf 140.000, in Köln 230.000 und in Berlin gar 450.000 Menschen ausgebombt.

Am schlimmsten traf es bekanntlich Hamburg. In den Luftangriffen zwischen dem 24. Juli und dem 30. Juli 1943 wurden über 45.000 Menschen getötet

und über 1.330.000 Menschen obdachlos. Dass die Alliierten der Bombardierung Hamburgs den Namen „Operation Gomorrha“ gaben, spricht in diesem Fall Bände. Gomorrha war bekanntlich eine biblische Stadt, die durch Feuer und Schwefel, die vom Himmel herabregneten, zerstört wurde. Während sich die amerikanische Bomberflotte auf die Zerstörung der Industrie rund um den Hafen beschränkte, flog die britische Bomberflotte gezielt das Stadtzentrum und die Wohngebiete Hamburgs an.

In seinem Buch „Die toten Städte“ verurteilte der englische Moralphilosoph Anthony C. Grayling die Terrorbombardements auf deutsche Städte als ein unzweifelhaftes „Kriegsverbrechen“ der Alliierten. Dass die Bezeichnung „Terrorbombardements“ den Nagel auf den Kopf trifft, zeigte er vor allem durch die Beschreibung des „Feuersturms“ von Hamburg: „Brandherde in verschiedenen Straßenzügen wuchsen nach und nach zu riesigen Feuersbrünsten zu-

sammen, die schnell heißer wurden und schließlich bis in eine Höhe von 2.000 Meter emporloderten. Diese Flammenhöllen sogen Luft aus den Stadtrandgebieten an, um ihren Hunger auf Sauerstoff zu stillen; diese Luftströme erreichten Orkanstärke, dröhnten wie mächtige Orgeln und fachten die Feuersbrünste noch weiter an. Es war der erste durch Bomben hervorgerufene Feuersturm, und er verursachte furchtbare Zerstörungen und forderte einen schrecklichen Tribut an Bombentoten. Drei Stunden lang wütete er mit größter Heftigkeit; er sog Dächer, Bäume und brennende Menschen in sich ein und wirbelte sie in die Luft. Die Flammen schossen hinter einstürzenden Fassaden von Gebäuden hervor, rollten durch die Straßen und kreiselten als Feuerwalzen in seltsamen Rhythmen über die offenen Plätze. Die Glasscheiben von Straßenbahnwaggons schmolzen, Zuckervorräte kochten, Menschen, die vor der Gluthitze in Luftschutzbunkern fliehen wollten, sanken in den aufgelösten, dicken Blasen werfenden Asphalt der Straßen.

Die Opfer der ersten Angriffswelle wurden entweder zerrissen, sie erstickten in ihren Luftschutzräumen, als die Luft daraus abgesaugt wurde, oder sie wurden in den lodernden Flammen draußen auf der Stelle eingeäschert. Viele Leichen waren unter der Hitze so stark geschrumpft, dass Erwachsene nur noch die Größe von Kleinkindern hatten.“

Besonders schockierend ist ein Augenzeugenbericht, den Winfried G. Sebald zitiert: Flüchtlinge aus Hamburg versuchten, in einen Zug einzusteigen. In dem allgemeinen Gedränge „fällt ein Pappkoffer auf den Perron, zerschellt und entleert seinen Inhalt. Spielzeug, ein Nagelnecessaire, angesengte Wäsche. Zum Schluss ein gebratener, zur Mumie geschrumpfter Kinderleichnam, den das halb irre Weib mit sich geschleppt hat, als Überbleibsel einer vor wenigen Tagen noch intakten Vergangenheit.“

Aus volkspädagogischen Gründen wird es nur ungern erwähnt, doch Albert Speer sah durchaus ei-

nen Zusammenhang zwischen Churchills und Hitlers Vernichtungspolitik. Am 26. Dezember 1946 sagte er, dass er ab 1942 hätte ahnen müssen, welches Schicksal den Juden bevorstand: „Hitler hasste die Juden, daraus hatte er zu keiner Zeit ein Geheimnis gemacht. Das Weltjudentum dränge zum Krieg, wiederholte er verbohrt, und später: die Juden allein hätten diesen Krieg angestiftet und seien an ihm schuld. Immer öfter beklagte er die Tötung unschuldiger deutscher Frauen und Kinder bei Bombenangriffen. Ein ums andere Mal wiederholte er, daß er diese Opfer an den Juden rächen werde."

„Davon haben wir nichts gewusst!“

Nach weit verbreiteter Auffassung war der Holocaust ein offenes Geheimnis. Trotz späterer Beteuerungen des Gegenteils hätten die allermeisten Deutschen von der Ermordung der Juden gewusst. Nur wer sich bewusst blind stellte, habe den industriellen Massenmord, wie er in Auschwitz betrieben wurde, übersehen können.

Auf dieser allgemeinen Kenntnis des Holocaust beruhe auch die „deutsche Schuld“: Indem es von der Vernichtung der europäischen Juden gewusst, aber nichts dagegen unternommen habe, sei das deutsche Volk vom „Mitwisser zum Mittäter“ geworden.

Doch war der Holocaust wirklich ein „offenes Geheimnis“? Nein! Anders als etwa der höhnische Titel des Buches „Niemand war dabei und keiner hat’s

gewusst“ nahe zu legen sucht, hatten die allermeisten Menschen damals tatsächlich keinerlei Kenntnis vom Holocaust. Sicher, es gab Gerüchte. Doch verlässliches Wissen gab es kaum.

Die Aussage „Davon haben wir nichts gewusst!“ wird in aller Regel als bloße Schutzbehauptung abgetan. Mit dieser Aussage, heißt es, suchen die Deutschen sich ihrer Schuld zu entziehen.

Diese Ansicht lässt sich jedoch schwer verteidigen. Nehmen wir nur den ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss. Als Liberaler erhielt er schon bald nach der Machtergreifung Hitlers ein Publikationsverbot und verlor sein Lehramt an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. Obgleich er über die Vorgänge in Deutschland unterrichtet war und unter Pseudonym weiter politische Artikel verfasste, beteuerte er nach dem Kriege doch, von den Vernichtungslagern nichts gewusst zu haben. Eine bloße Schutzbehauptung?

Ähnlich äußerte sich die mit dem Widerstand in Verbindung stehende Publizistin Marion Gräfin Dönhoff. Trotz ihrer „guten Verbindungen“ habe sie „den Namen Auschwitz zum ersten Mal nach dem Krieg gehört.“

Auch der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker und der Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, die im Krieg als Offiziere gedient hatten, versicherten „von dem Genozid an den Juden nichts gewusst“ zu haben.

Angesichts dieser Beteuerungen dürfte deutlich werden, dass mit der weit verbreiteten Annahme einer bloßen „Schutzbehauptung“ eine schwerwiegende Unterstellung verbunden ist. Sicher, es ist nicht auszuschließen, dass die sonst so vertrauenswürdig erscheinenden Politiker etwas verschwiegen oder gar bewusst gelogen haben. Doch bevor man einem Menschen wie Helmut Schmidt, dessen Familie im Dritten Reich Juden versteckt hielt, vor-

wirft, ein Lügner zu sein, sollte man gewiss über mehr als böswillige Anschuldigungen verfügen.

Dass außer den unmittelbaren Tätern kaum jemand über den Holocaust informiert war, lag daran, dass die Ermordung der Juden ein Staatsgeheimnis war. Heute wird es leider nur zu oft vergessen, dass die Tötung der Juden eine „geheime Reichssache“ war und so selbstverständlich unter den „Führerbefehl Nummer Eins“ fiel. Dieser auf den 11. Januar 1940 datierte Befehl lautete:

„Grundsätzlicher Befehl

1. Keine Dienststelle und kein Offizier dürfen von einer geheimzuhaltenden Sache erfahren, wenn sie nicht aus dienstlichen Gründen unbedingt davon Kenntnis erhalten müssen.

2. Keine Dienstelle und kein Offizier dürfen von einer geheimzuhaltenden Sache mehr erfahren, als für die Durchführung ihrer Aufgabe unbedingt erforderlich ist.

3. Keine Dienstelle und kein Offizier dürfen von einer geheimzuhaltenden Sache früher erfahren, als dies für die Durchführung ihrer Aufgabe unbedingt erforderlich ist.“

Dieser Führerbefehl, auf dessen Einhaltung streng geachtet wurde, ist auch dafür verantwortlich, dass selbst hohe SS-Offiziere in aller Regel keinerlei Kenntnis vom Holocaust erhielten. Ein besonders anschauliches Beispiel hierfür bietet der SS-Richter Georg Konrad Morgen. Auf Grund der Anzeige des Standortarztes von Auschwitz, Dr. Eduard Wirths, sah sich Morgen im Jahre 1943 gezwungen, gegen den Politischen Leiter des Konzentrationslagers, Maximilian Grabner, zu ermitteln. Grabner hatte sich laut Wirths der willkürlichen Tötung von Häft-

lingen schuldig gemacht. Morgen hat Grabner am 13. Oktober 1944 vor dem SS- und Polizeigericht in Weimar denn auch „wegen Mordes in 2.000 Fällen“ zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Doch erst im Zuge seiner Ermittlungen stieß Morgen auf den Mord an den Juden in Auschwitz und strengte daraufhin auch Prozesse gegen Rudolf Höss und Adolf Eichmann an.

Auch der im Nürnberger Prozess vor Gericht gestellte, aber in allen Punkten der Anklage freigesprochene Hans Fritzsche besaß offenbar keine Kenntnis vom Massenmord. Als Leiter des Nachrichtenwesens in der Presseabteilung des Reichspropagandaministeriums war Fritzsche ein enger Mitarbeiter von Joseph Goebbels. Als er gegen Ende 1943 „das erste Mal von Tötungen mit Gas hörte“, sagte Fritzsche, „lief ich zu Dr. Goebbels und fragte ihn, wie es damit stünde. Er erklärte, er wolle die Sache untersuchen, er wolle sie mit Himmler besprechen und mit Hitler. Am nächsten Tag kündigte

er mir ein Dementi an. Die Gaswagen, die erwähnt worden wären, seien ein reines Produkt der Phantasie."

Am 28. Juni 1946 konnte Fritzsche den Nürnberger Richtern daher gewissermaßen aus eigener Erfahrung versichern: „Ich bin als Journalist, der in jener Zeit gearbeitet hat, der festen Überzeugung, das deutsche Volk kannte den Massenmord an den Juden nicht. Was auch immer an Behauptungen aufgestellt wurde, das waren Gerüchte, und was an Nachrichten in das deutsche Volk hineindrang von außen, das wurde amtlich immer und immer wieder dementiert."

Den vielleicht besten Beweis dafür, dass über den Holocaust nichts bekannt geworden ist, liefern Dokumente des britischen Nachrichtendienstes. Dank des Films „The Imitation Game" weiß heute nahezu jeder, dass die Engländer bereits kurz nach Beginn des Zweiten Weltkrieges in der Lage waren, fast

den gesamten Funkverkehr des deutschen Militärs mitzulesen. Die in Bletchley Park tätigen Kryptoanalytiker knackten den Code der „Enigma“, der Chiffrier-Maschine, mit dem das deutsche Herr, die Kriegsmarine und die Luftwaffe ihre geheimen Nachrichten verschlüsselten.

Nahezu unbekannt ist jedoch, dass der britische Nachrichtendienst auch die geheimen Funksprüche der Polizeibataillone, des Sicherheitsdienstes und der SS mitgelesen hat. Auf diese Weise gelangten die Briten nicht nur in den Besitz zuverlässiger Informationen über die Ereignisse hinter der russischen Front, sondern auch über die Vorgänge in den deutschen Konzentrationslagern, einschließlich Auschwitz.

Wie die Dokumente aus Bletchley Park zeigen, hatte die Kommandantur von Auschwitz jeden Tag Bericht zu erstatten. Mit Ausnahme des Sonntags, berichtete sie täglich über den „Bestand“, die „Zugän-

ge“ und die „Abgänge“ aus dem Konzentrationslager. Über dreizehn Monate hinweg, vom Januar 1942 bis zum Januar 1943, hatte der britische Nachrichtendienst denn auch diese vom Konzentrationslager Auschwitz an das SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt in Oranienburg gesendeten Berichte verfolgt und entschlüsselt.

Mit Hilfe der entschlüsselten Nachrichten ließen sich recht genaue Statistiken erstellen. Aus den Funksprüchen vom 28. Oktober 1942 – um einen beliebigen Tag herauszugreifen – konnte man beispielsweise ersehen, dass sich im Konzentrationslager Auschwitz alles in allem 25.298 Häftlinge befanden: 18.754 Männer und 6.544 Frauen; darunter 10.755 Juden, 8.822 Polen, 1.578 Zigeuner und 1.369 Russen. Zudem erfuhr man, dass es an diesem 28. Juli 1942 genau 787 „Zugänge“ und 168 „Abgänge“ gab. Mit „Zugängen“ waren die neu eingelieferten Häftlinge gemeint; mit „Abgängen“ waren dagegen die verstorbenen, hingerichteten, entlassenen

oder in andere Lager überstellten Häftlinge gemeint.

In seinem 1981 erschienenen Buch „British Intelligence in the Second World War“ fasste der Kryptoanalytiker Francis H. Hinsley die Ergebnisse aus Bletchley Park kurz und knapp zusammen: „Die Nachrichten aus Auschwitz erwähnten Krankheiten als die Hauptursache für Todesfälle, schlossen aber auch Hinweise auf Hinrichtungen durch Erhängen und Erschießen ein. Hinweise auf Vergasungen gab es in den dechiffrierten Nachrichten nicht.“

Angesichts der Tatsache, dass nicht einmal der britische Nachrichtendienst Kenntnis von den Gaskammern von Auschwitz hatte, muss man die Behauptung, die deutsche Bevölkerung hätte vom Holocaust gewusst, also wohl als unhaltbar zurückweisen.

Wie viele Menschen in Deutschland tatsächlich vom Holocaust wussten, ist offenkundig eine Frage, die sich nie wirklich zufriedenstellend beantworten lassen wird. Möglicherweise ist der am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtete Rechtswissenschaftler und Widerstandskämpfer Helmut James Graf von Moltke der Antwort noch am nächsten gekommen, als er schrieb:

„Und selbst in Deutschland wissen die Menschen nicht, was vor sich geht. Ich glaube, daß mindestens neun Zehntel der Bevölkerung nicht weiß, daß wir Hunderttausende von Juden ermordet haben. Sie glauben immer noch, daß die Juden abgesondert irgendwo ein Leben führen, genauso wie früher auch, nur weiter im Osten. Wenn Sie diesen Menschen sagen würden, was wirklich geschehen ist, würden sie antworten: Sie sind ein Opfer der britischen Propaganda. Erinnern Sie sich doch nur einmal, welch lächerliche Dinge die Briten 1914 bis 1918 über die Deutschen berichtet hatten. – Aber

selbst ich bekomme alle diese Informationen nur in recht vager und undeutlicher Form, obwohl ich mich ja bemühe, so etwas herauszufinden."

Die Aussage „Davon haben wir nichts gewusst!" hat also durchaus einen realen Hintergrund. Und es ist moralisch ungerechtfertigt, sie als eine bloße Schutzbehauptung „der" Deutschen hinzustellen.

Insofern es keine „Mitwisserschaft" gab, sollte freilich auch die „Mittäterschaft" entfallen. Tatsächlich jedoch ist die viel bemühte Behauptung, dass die Deutschen „von Mitwissern zu Mittätern" geworden seien, ohnehin unhaltbar. Eine bloße Mitwisserschaft begründet noch keine Mittäterschaft - jedenfalls nicht in Diktaturen. Um dies zu sehen, muss man sich nur einmal die Frage vorlegen, ob es gerechtfertigt wäre, alle Russen für die Verbrechen Stalins, alle Chinesen für die Verbrechen Maos und alle Kambodschaner für die Verbrechen Pol Pots verantwortlich zu machen.

„Gott segne den Führer!“

Wenn wir heute irgendwelche Dokumentationen zur „Kirche unterm Hakenkreuz“ gezeigt bekommen, beschäftigen sie sich in aller Regel ausschließlich mit dem so genannten „Kirchenkampf“. Natürlich hat es eine große Zahl von Christen gegeben, die dem nationalsozialistischen Regime kritisch gegenüber standen. Und selbstverständlich ist es vollkommen richtig, dass es einige mutige Kirchenvertreter gab, die es wagten, beispielsweise die Sterilisation oder Euthanasie von geistig und körperlich Behinderten öffentlich zu verurteilen. Doch die andere Hälfte der Wahrheit ist, dass die Kirchen das Dritte Reich nachweislich eher gestützt als bekämpft hatten. Angesichts der Tatsache, dass etwa 95 Prozent der damaligen deutschen Bevölkerung Christen waren und in den Kirchen eine moralische Autorität sahen, ist es für die Frage, „Warum sie Hitler folgten“, denn auch unumgänglich, zumindest

einen kurzen Blick auf die öffentlichen Verlautbarungen der Kirchen in dieser Zeit zu werfen.

Schon unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 rief die Evangelische Kirche Deutschlands ihre Pfarrer dazu auf, alljährlich des Geburtstages des Führers zu gedenken und ihre Kirchen feierlich zu schmücken. Jedes Jahr erflehten sie „den Segen des allmächtigen Gottes für Führer, Volk und Reich".

In der katholischen Kirche betete man am Geburtstag Adolf Hitlers: „Gedenke, Herr, unseres Führers, dessen geheime Wünsche Du vorauskennst. Schütze ihn mit Deiner unerschöpflichen Güte, schenke ihm Ruhe ständigen Friedens und den Sieg des Himmels für ihn und sein ganzes Volk."

In Reaktion auf den deutschen Boykott jüdischer Geschäfte vom 1. April 1933 schrieb der Erzbischof von München und Freising, Michael Kardinal von

Faulhaber: „Ich bekomme von verschiedenen Seiten die Anfrage, warum die Kirche nichts gegen die Judenverfolgung tue. Ich bin darüber befremdet; denn bei einer Hetze gegen die Katholiken hat kein Mensch gefragt, was man dagegen tun könne."

Anlässlich der Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933 ermunterte „Das Evangelische Deutschland" seine Gemeinden dazu, tatkräftig zu helfen: „Nicht allein auf die symbolische Handlung des Verbrennens kommt es an. Eine gründliche Bereinigung des Schrifttums muß erfolgen. Wer wollte diese Arbeit nicht unterstützen, wer wollte dabei nicht selber anpacken?"

Um ihren Gemeinden die Auswahl der zu verbrennenden Bücher zu erleichtern, wurde eine „Reichsschundkampfstelle der evangelische Jungmännerbünde" mit Sitz in der Berliner Sophienstr. 19 gegründet. Dort konnte man kostenlos „Material zur Schund- und Schmutzbekämpfung" anfordern.

Am 11. September 1933 erließ die Lippische Landeskirche eine neue „Grußordnung“, die alle Angestellten zum Hitlergruß verpflichtete. Im „Gesetz- und Verordnungsblatt der Lippischen Landeskirche“ hieß es: „Für die Lippische Landeskirche ordnen wir hiermit folgendes an: Sämtliche Pfarrer, Beamte, Angestellte der Landeskirche sowie der Kirchengemeinden grüßen im Dienst und innerhalb der dienstlichen Gebäude und Anlagen durch Erheben des rechten Armes.“

In einem ähnlichen Akt vorauseilenden Gehorsams erließ die Thüringische Landeskirche am 12. September 1933, also bereits zwei Jahre vor dem Erlass der Nürnberger Rassengesetze, eine Verordnung zum Ausschluss von „nichtarischen“ Pfarrern. In Paragraph 1 des im „Thüringer Kirchenblatt“ veröffentlichten „Gesetzes über die Stellung der kirchlichen Amtsträger zur Nation“ hieß es: „Nicht berufen werden darf, wer nichtarischer Abstammung

oder wer mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist."

Am 28. Januar 1934, kurz vor dem ersten Jahrestag der Machtübernahme Hitlers, schrieb „Das Evangelische Deutschland": „Am 30. Januar jährt sich zum ersten Mal der historische Tag, an dem Adolf Hitler vom Reichspräsidenten mit der Führung des deutschen Volkes betraut wurde. Dankerfüllt blickt die Nation auf dieses Ereignis und auf die damit eingeleitete Wendung des deutschen Schicksals zurück: eine neue Epoche deutscher Geschichte nahm ihren Anfang, und die Taten dieses Jahres haben bestätigt, was damals das Volk erhoffte. Der Dank des Volkes ist auch der Dank der Kirche."

Als Hitler das Saarland „heim ins Reich" holte, hieß es in der „Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Kirchenzeitung" vom 25. Januar 1935: „Der Landeskirchenrat der Evang.-Luth. Kirche in Bayern entbietet dem Führer und Kanzler zur Heimkehr der

Saar die ehrerbietigsten Grüße und spricht ihm die herzlichsten Glückwünsche zu diesem großen und unter Gottes Führung errungenen Erfolg aus.“

Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl von 1936 verkündete der „Kirchliche Anzeiger“ am 11. März: „Die schlichte Pflicht der Dankbarkeit gegen Gott und die persönliche Verantwortung für Deutschland, dem in Nacht und Not durch Gottes Gnade ein wirklicher Führer zu neuem Aufstieg, zu Freiheit und Ehre geschenkt wurde, gebietet jedem wahlberechtigten deutschen Mann und jeder deutschen Frau, ihre Schuldigkeit zu tun. Vor der ganzen Welt gilt es, freudiges Zeugnis abzulegen, daß Adolf Hitler Deutschland ist und Deutschland Adolf Hitler.“

Am 4. Juli 1936 berichtete die „Kölnische Volkszeitung“ von Bischof Hermann Wilhelm Bernings Besuch in den Emslander Arbeitslagern: „Der Besuch erfolgte auf Einladung des Kommandeurs, Standar-

tenführer Schäfer, der den Gast mit seiner Begleitung mit herzlichen Worten willkommen hieß. In einer Ansprache an die Wachmänner, die er zu einem Glase Bier eingeladen hatte, drückte Bischof Berning seine große Befriedigung über die im Emsland durch das Dritte Reich geleistete Kulturarbeit aus. Zum Schluss seiner Ansprache brachte er ein dreifaches Sieg-Heil auf Führer und Vaterland aus."

Am 14. März 1938 schrieb der „Kirchliche Anzeiger" der evangelischen Kirche über Österreichs „Heimkehr ins Reich": „Wir stehen unter dem überwältigenden Eindruck einer der größten Stunden unserer deutschen Geschichte. Der österreichische Bruderstamm hat heimgefunden zum Reich. Sichtbar hat der allmächtige Gott das Werk des Führers gesegnet."

Rechtzeitig zur bevorstehenden Volksabstimmung ließ die katholische Kirche Österreichs Kardinal Theodor Innitzer folgende „Feierliche Erklärung" an

alle Bischöfe versenden: „Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz: Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten Hervorragendes geleistet hat. Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind."

Anlässlich der Rückkehr des Sudetenlandes hieß es am 5. Oktober 1938 in der „Deutsch Evangelischen Korrespondenz": „Der Evangelische Bund, der seit Jahrzehnten mit den sudetendeutschen evangelischen Gemeinden Kampf und Sorge geteilt hat, dankt in unbeschreiblicher Freude dem Führer, daß

er durch seine unerbittliche Entschlossenheit die Stunde der Freiheit für unsere Volks- und Glaubensbrüder heraufgeführt hat."

Als im darauffolgenden Jahr auch das Memelland ins Reich zurück kehrte, hieß es in der „Kirchlichen Rundschau für das Gesamtgebiet der Evangelischen Kirche Deutschlands" vom 26. März 1939: „Nach zwei Jahrzehnten schmerzlichen und leidvollen Geschiedenseins ist das alte deutsche Ordensland wieder Glied des Deutschen Reiches! Das kraftvolle Handeln des Führers hat es uns wiedergeschenkt."

Nach der Besetzung Böhmens und Mährens und vor Hitlers 50. Geburtstag schrieb „Das Evangelische Deutschland" am 16. April 1939: „Wenn der Führer des Deutschen Reiches – unser Führer, wie wir jetzt mit Stolz sagen dürfen – zum 50. Geburtstag viele Geschenke wird zugesandt erhalten, so soll unser Geschenk *das* sein, daß wir zu jenen Zehntausenden gehören wollen, auf welche er in der großen An-

sprache im Reichstag am 30. Januar hingewiesen hat, denn wir denken immer des Geschenkes, das er uns gemacht hat durch die Übernahme des *Böhmisch-Mährischen Protektorates* in seinen mächtigen Schutz."

Am Vorabend des Krieges mit Polen fragte der spätere Berliner Bischof Otto Dibelius: „Was wird aus unserem Vaterland, wenn wir uns weigern, mit der Waffe in der Hand schützend vor seine Freiheit und vor seine Zukunft zu treten? Die Antwort ist nicht zweifelhaft: Dann ist 24 Stunden später Danzig eine polnische Stadt. Dann sind Ostpreußen und Schlesien polnische Provinzen." Und folgerte dann: „Wenn die Stunde schlägt, müssen wir bereit sein, für unser Vaterland auch den Krieg mit der Waffe zu führen. Mit gutem Gewissen und mit ungebrochenem Herzen!"

Gleich mit Kriegsbeginn hieß es auch im „Kirchlichen Anzeiger": „Die Stunde der Entscheidung hat

geschlagen. Der Führer musste das deutsche Volk zum Einsatz von Gewalt gegen Gewalt für den Schutz deutschen Lebens aufrufen."

Am 6. September 1939, also nur einige Tage nach dem Beginn des Krieges mit Polen, erschien im „Gesetzblatt der Deutschen Evangelischen Kirche" ein „Aufruf der Deutschen Evangelischen Kirche", in dem es hieß: „Seit dem gestrigen Tage steht unser deutsches Volk im Kampf für das Land seiner Väter, damit deutsches Blut zu deutschem Blut heimkehren darf. Die Deutsche Evangelische Kirche stand immer in treuer Verbundenheit zum Schicksal des deutschen Volkes. Zu den Waffen aus Stahl hat sie unüberwindliche Kräfte aus dem Worte Gottes gereicht. So vereinigen wir uns auch in dieser Stunde mit unserem Volk mit der Fürbitte für Führer und Reich, für die gesamte Wehrmacht und alle, die in der Heimat ihren Dienst für das Vaterland tun."

Gleich nach der Kapitulation Polens schrieb das „Kirchliche Amtsblatt für die Freie Stadt Danzig“: „Gott der Herr hat über unserer herrlichen deutschen Stadt und unserem Danziger Lande seine Güte und Gnade walten lassen und uns nach zwanzigjähriger Abtrennung vom Deutschen Reich die Heimkehr zum Großdeutschen Vaterland gewährt. Der von Gott unserem Volke gesandte Führer Adolf Hitler hat uns von den Fesseln des Versailler Diktats befreit und mit dem starken Arm der von ihm geschmiedeten Wehrmacht aus den drohenden Gefahren polnischer Gewalttaten erlöst.“

Als das von Georg Elser am 8. November 1939 durchgeführte Attentat auf Hitler scheiterte, schrieb „Der Evangelische Bund“ unter der Überschrift „Nun danket alle Gott!“: „Voller Empörung über den verbrecherischen Anschlag danken wir Gott für die Bewahrung des Führers und bitten um weiteren Schutz und Segen.“

Ganz ähnliche Worte fand die katholische Kirche Bayerns. In einem Glückwunschtelegramm an Hitler versprach sie, ein „Te Deum“ anzustimmen, „um im Namen der Erzdiözese der Göttlichen Vorsehung zu danken, daß der Führer dem verbrecherischen Anschlag, der auf sein Leben gemacht wurde, glücklich entronnen ist.“

Am 10. Dezember 1941 schrieben die katholischen Bischöfe Deutschlands zum Feldzug gegen Russland: „Wir begleiten unsere Soldaten mit unseren Gebeten und gedenken in dankbarer Liebe der Toten, die ihr Leben für ihr Volk hingaben. Wir haben immer wieder unsere Gläubigen zu treuer Pflichterfüllung, zu tapferem Ausharren, opferbereitem Arbeiten und Kämpfen im Dienste unseres Volkes in schwerster Kriegszeit aufgerufen. Mit Genugtuung verfolgen wir den Kampf gegen die Macht des Bolschewismus.“

Und selbst kurz vor Ende des Krieges bekräftigte die Thüringer Evangelische Kirche noch einmal: „Adolf Hitler ist für unsere lutherische Frömmigkeit wahrhaft der Führer von Gottes Gnaden. Sein Auftrag ist unmittelbar von Gott und sein Befehl ist Gottes Befehl!“

Kann es angesichts all dieser kirchlichen Beteuerungen noch verwundern, dass sich die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung nicht nur politisch, sondern auch moralisch auf der richtigen Seite wähnte?

Nachwort

Man sollte ein Buch immer an seinem Anspruch messen. Der einzige Anspruch, den dieses Buch erhebt, ist, zu erklären, weshalb die überwiegende Mehrheit der damaligen deutschen Bevölkerung bereit war, Hitler zu folgen.

Wie im Vorwort bereits erwähnt, haben leider viele Menschen ihre Mühe damit, zwischen einer „Erklärung“ und einer „Rechtfertigung“ zu unterscheiden. So bin ich denn auch auf den Vorwurf gefasst, mit meinem Buch den unverzeihlichen Versuch unternommen zu haben, „die“ Deutschen von ihrer historischen Schuld reinzuwaschen. Dieser Vorwurf ist jedoch vollkommen ungerechtfertigt. An keiner Stelle dieses Buches wird gesagt, dass die Nazigräuel gerechtfertigt gewesen seien. Die Diskriminierung der Juden, das Euthanasie-Programm und der Holocaust sind unentschuldbar.

Ein zweiter Vorwurf, auf den ich gefasst bin, lautet, dass meine Darstellung der Ereignisse zwischen 1933 und 1945 höchst einseitig sei. Dieser Vorwurf ist berechtigt. Doch dies liegt natürlich in der Natur der Sache: Wie bereits der Untertitel des Buches verrät, hatte ich es als meine Aufgabe betrachtet, endlich „die andere Hälfte der Wahrheit“ zu beschreiben. Eine Erklärung für das Verhalten der damaligen Generation erfordert es, dass man nicht länger historische Tatsachen selektiv verschweigt.

Ein dritter Vorwurf, auf den ich vorab schon kurz eingehen will, ist der, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges vollkommen auf den Kopf gestellt zu haben. Jeder weiß doch, dass allein Hitler den Krieg begonnen hat! Wie kann ich also so unverfroren sein, ausgerechnet die Amerikaner, die uns unter großen Opfern von der nationalsozialistischen Diktatur befreit haben, verantwortlich zu machen?

An dieser Stelle muss man mit einem weit verbreiteten Vorurteil aufräumen. Angesichts der Tatsache, dass es inzwischen Tausende von Büchern über Hitler, den Zweiten Weltkrieg und das Dritte Reich gibt, glauben die meisten von uns, dass alle relevanten Fakten bekannt seien und es an dem offiziellen Geschichtsbild nichts mehr zu rütteln gebe. Doch dies ist falsch! Auch wenn wir nach einem Dutzend Dokumentationen von Guido Knopp müde gähnen und meinen, wir wüssten doch nun schon längst alles, gibt es noch zahllose offene Fragen. Solange beispielsweise die Engländer, Franzosen, Russen und Amerikaner ihre Archive nicht vollständig öffnen und die immer noch geheim gehaltenen Dokumente zur Forschung freigeben, sind wir in Bezug auf die tatsächlichen Kriegsursachen weithin auf Spekulationen angewiesen.

Wer sich die Mühe macht, über bloße Dokumentationen hinaus einmal in die aktuellsten Bücher zum Zweiten Weltkrieg zu schauen, wird daher auch

schnell bemerken, dass es in der Geschichtsforschung nicht anders ist als in anderen Wissenschaften auch: Historiker produzieren lediglich Hypothesen. Auch wenn die Hypothese von „Hitlers Krieg“ die am weitesten verbreitete sein mag, gibt es daneben doch auch die Hypothesen von „Stalins Krieg“, von „Churchills Krieg“ und von „Roosevelts Krieg“.

Ich selbst gehöre den Vertretern der Hypothese von „Roosevelts Krieg“ an. In meinen Augen hat die Theorie, wonach es Franklin Delano Roosevelt war, der bereits ab 1937 auf einen Weltkrieg drängte, die größte Erklärungskraft. Eine ausführliche Darstellung und Verteidigung der Hypothese von „Roosevelts Krieg“ hebe ich mir für ein künftiges Buch zur Kriegsursachenforschung auf. Im nachfolgenden Anhang stelle ich jedoch schon einmal die wichtigsten Passagen aus der Korrespondenz des polnischen Botschafters in Washington, Graf Jerzy Potocki, zusammen. Diese von der offiziellen Ge-

schichtsschreibung weitgehend vernachlässigten Dokumente werden zeigen, dass die Hypothese von Roosevelts Krieg alles andere als auf Sand gebaut ist.

Wie schon hervorgehoben, ist es für die Frage, weshalb die deutsche Bevölkerung Hitler sogar in einen Weltkrieg folgte, aber vollkommen unerheblich, *wer* ihn tatsächlich verursachte. Aus ihrer Sicht war der Krieg ein Verteidigungskrieg. Alles, was man wusste, war, dass England und Frankreich den Konflikt mit Polen zu einer Kriegserklärung nutzten und sich trotz wiederholter Friedensangebote Hitlers weigerten, die Kampfhandlungen einzustellen. Aus damaliger Sicht ist es daher auch mehr als verständlich, dass sich die Soldaten der Wehrmacht im Recht wähnten und dem Frieden zu dienen glaubten.

Anhang:

„Eine Ohrfeige für Hitler“

Als die Warschauer Regierung am 23. März 1939 alle weiteren Verhandlungen über Danzig ablehnte und eine Teilmobilmachung ihrer Streitkräfte anordnete, war Hitler klar, dass Polen offenbar die Rückendeckung Englands und Frankreichs erhalten hatte. Ohne den Beistand aus London und Paris hätte Polen es nie gewagt, Deutschland so zu brüskieren.

Bis zur Eroberung Warschaus war Hitler jedoch die Rolle, die Amerika am Vorabend des Krieges spielte, weitgehend unbekannt. Dies änderte sich, als man ihm die in Warschau beschlagnahmten Dokumente der polnischen Botschafter in London, Paris und Washington vorlegte. Insbesondere die Depeschen des polnischen Botschafters in Washington, Graf

Jerzy Potocki, an den polnischen Außenminister Józef Beck zeigten eindeutig, dass es das Weiße Haus war, das die Kriegstrommel rührte und Druck auf die Regierungen von England und Frankreich ausübte.

Als das Auswärtige Amt die in Warschau erbeuteten Papiere in seinem „Weißbuch" veröffentlichte, gab es aus Washington sogleich ein Dementi. Unter Berufung auf den polnischen Botschafter behauptete das State Department, dass die Depeschen von Jerzy Potocki gefälscht worden seien. Als ihn der frühere US-Präsident Herbert Hoover nach dem Krieg befragte, gab der frühere polnische Botschafter Potocki allerdings unumwunden zu, dass ihn das State Department gezwungen habe, die Authentizität seiner Korrespondenz zu bestreiten.

Bereits am 9. Februar 1938 berichtete Botschafter Jerzy Potocki Außenminister Józef Beck von der Propaganda, die Präsident Roosevelt in den USA

gegen Deutschland entfacht hatte: „Die Deutschen werden dargestellt als Volk, das unter dem Hochmut Hitlers lebt, der die ganze Welt erobern und die ganze Menschheit in einem Meer von Blut ertränken will.“

Also schon vor dem „Anschluss Österreichs“, dem „Münchner Abkommen“ und der „Besetzung von Böhmen und Mähren“ hatte Roosevelt eine vollkommen ungerechtfertigte Kriegsstimmung gegen Deutschland angeheizt. Potocki schrieb weiter: „In Unterhaltungen stieß ich auf den unerbittlich und mit Entschlossenheit vertretenen Standpunkt, daß der Krieg unvermeidlich ist.“

Am 21. November 1938, also zwei Monate nach dem Münchner Abkommen und der Rückkehr des Sudetenlandes zu Deutschland, berichtete Potocki von einer Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Paris, William C. Bullitt: „Er sprach davon, daß nur Gewalt, schließlich ein Krieg der

wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen kann. [...] Auf meine Frage, ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Kriege teilnehmen würden, antwortete er: ‚Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich zuerst losschlagen!' Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist, wie er sagte, gegenüber dem Nazismus und Hitlerismus so angespannt, daß schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose herrscht wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917."

In einer Nachricht vom 12. Januar 1939 beleuchtete Potocki auch die genauen Motive, die Roosevelt zur Entfachung einer Kriegsstimmung trieben: „Der Präsident Roosevelt war der erste, der den Hass auf den Faschismus zum Ausdruck brachte. Er verfolgte damit einen doppelten Zweck: 1. Er wollte die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes von den innerpolitischen Problemen ablenken, vor allem vom Problem des Kampfes zwischen Kapital und

Arbeit. 2. Durch die Schaffung einer Kriegsstimmung und die Gerüchte einer Europa drohenden Gefahr wollte er das amerikanische Volk dazu veranlassen, das enorme Aufrüstungsprogramm Amerikas anzunehmen, denn es geht über die Verteidigungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten hinaus.

Zum ersten Punkt muss man sagen, daß die innere Lage auf dem Arbeitsmarkt sich dauernd verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen beträgt heute schon 12 Millionen. Die Ausgaben der Reichs- und Staatsverwaltung nehmen täglich größere Ausmaße an. Nur die großen Milliardensummen, die der Staatsschatz für die Notstandsarbeiten ausgibt, sichern noch eine gewisse Ruhe im Land. Bisher kam es zu den üblichen Streiks und lokalen Unruhen. Wie lange aber diese Art staatlicher Beihilfe durchgehalten werden kann, kann man heute nicht sagen. Die Aufregung und Empörung der öffentlichen Meinung und die schweren Konflikte zwischen den Privatunternehmen einerseits und der Arbeiterschaft

andererseits haben Roosevelt viele Feinde geschaffen und bringen ihm viele schlaflose Nächte.

Zum zweiten Punkt kann ich nur sagen, daß der Präsident Roosevelt als geschickter politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums sehr bald von der innerpolitischen Lage abgelenkt hat, um es für die Außenpolitik zu interessieren. Der Weg war ganz einfach, man musste nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits musste man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalitären Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin. Wie man hier zu sagen pflegt, hat Hitler Chamberlain die Pistole auf die Brust gesetzt. Frankreich und England hatten also

gar keine Wahl und mussten einen schändlichen Frieden schließen.

Ferner sind es das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland und das Emigrantenproblem, die den herrschenden Hass immer neu schüren gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsozialismus zusammenhängt. An dieser Aktion haben die einzelnen jüdischen Intellektuellen teilgenommen, z.B. Bernard Baruch, der Gouverneur der Staates New York, Lehmann, der neuernannte Richter des Obersten Gerichts, Felix Frankfurter, der Schatzsekretär, Morgenthau und andere, die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet sind. Sie wollten, daß der Präsident zum Vorkämpfer der Menschenrechte wird, der Religions- und Wortfreiheit, und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen. Diese Gruppe von Leuten, die die höchsten Stellen in der amerikanischen Regierung einnehmen und die sich als Vertreter des ‚wahren Amerikanismus' und als ‚Verteidiger der Demokra-

tie’ hinstellen möchten, ist im Grunde doch durch unzerreißbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden. Für diese jüdische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge hat, war das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen ‚idealsten’ Posten eines Verteidigers der Menschenrechte ein genialer Schachzug. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefährlichen Herd für Hass und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und haben die Welt in zwei feindliche Lager geteilt. Das Ganze ist als meisterhafte Arbeit gemacht worden: Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die Außenpolitik Amerikas zu beleben und auf diesem Wege zugleich die kolossalen militärischen Vorräte zu schaffen für den Krieg, dem die Juden mit vollem Bewusstsein zustreben. Innenpolitisch ist es sehr bequem, die Aufmerksamkeit des Publikums von dem in Amerika immer zunehmenden Antisemitismus abzulenken, indem man von der Notwendigkeit spricht, Glauben und individuelle

Freiheit vor den Angriffen des Faschismus zu verteidigen.“

Und nur vier Tage später, am 16. Januar 1939, berichtete Potocki von einem weiteren Gespräch mit Bullitt, das das weitere Vorgehen Roosevelts verdeutlichen sollte:

„Vorgestern hatte ich eine längere Unterhaltung mit dem Botschafter Bullitt in der Botschaft, wo er mich besuchte. Bullitt reist am 21. des Monats nach Paris, nachdem er fast drei Monate abwesend war. Er fährt mit einem ganzen ‚Koffer' voll Instruktionen, Unterredungen und Direktiven vom Präsidenten Roosevelt, vom Staatsdepartement und von den Senatoren, die zu der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten gehören.

Aus der Unterhaltung mit Bullitt hatte ich den Eindruck, daß er vom Präsidenten Roosevelt eine ganz genaue Definition des Standpunktes erhalten hat,

den die Vereinigten Staaten bei der heutigen europäischen Krise einnehmen. Er soll dieses Material am Quai d'Orsay vortragen und soll auch in seinen Unterredungen mit europäischen Staatsmännern davon Gebrauch machen. Der Inhalt dieser Direktiven, die mir Bullitt im Laufe seiner halbstündigen Unterhaltung anführte, ist wie folgt:

1. Eine Belebung der Außenpolitik unter Führung des Präsidenten Roosevelt, der scharf und unzweideutig die totalitären Staaten verurteilt.

2. Die Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten zur See, zu Lande und in der Luft, die in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden muss und die kolossale Summe von Dollar 1.250.000.000 verschlingen.

3. Die entschiedene Ansicht des Präsidenten, daß Frankreich und England jeder Kompromisspolitik mit den totalitären Staaten ein Ende machen

müssen. Sie sollen auf keine Diskussion, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezwecken, mit ihnen eingehen.

4. Eine moralische Versicherung, daß die Vereinigten Staaten die Isolierungspolitik verlassen und bereit sind, im Falle eines Krieges aktiv auf Seiten Englands und Frankreichs einzugreifen. Amerika ist bereit, sein ganzes Material an Finanzen und Rohstoffen zu ihrer Verfügung zu stellen.“

Bereits Mitte Januar 1939 stand also die Strategie, mit der Roosevelt einen Krieg mit Hitler vom Zaun brechen wollte, fest. Er wollte die damals geführten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zu einem kriegerischen Konflikt eskalieren lassen. Polen, England und Frankreich sollten sich im Vertrauen auf eine amerikanische Unterstützung unnachgiebig zeigen und hartnäckig jeden Vorschlag zu einer Rückkehr Danzigs ablehnen.

Nicht nur dem polnischen Botschafter in Washington, Jerzy Potocki, sondern auch dem polnischen Botschafter in Paris, Juliusz Lukasiewicz, ist Roosevelts Plan von William C. Bullitt vorgelegt worden. Im Februar 1939 berichtete Lukasiewicz nach Warschau, dass „die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege“ gewiss sei, „natürlich erst eine gewisse Zeit nach Ausbruch des Konfliktes. Botschafter Bullitt drückte das wie folgt aus: Sollte ein Krieg ausbrechen, so werden wir sicherlich nicht zu Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.“

Auf Lukasiewicz’ Einwand, dass sich die Londoner Regierung möglicherweise Roosevelts Plänen verschließen könne, antwortete Bullitt: „Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England von einer Kompromisspolitik zurückzuhalten.“

Wie aus einer Depesche vom 29. März 1939 hervorgeht, erkannte Juliusz Lukasiewicz sogleich die Gefahr, die von Roosevelts Plänen für Polen ausgingen. Er sagte Bullitt: „Es ist kindisch, naiv und gleichzeitig unfair, einem Staat, der sich in einer solchen Lage wie Polen befindet, vorzuschlagen, er solle seine Beziehungen zu einem so starken Nachbarn wie Deutschland kompromittieren und die Welt der Katastrophe eines Krieges aussetzen." Er fügte hinzu, „daß Hitler sich gezwungen sehen [könnte], uns gegenüber die Anwendung von Zwang zu versuchen, worauf wir nicht anders werden antworten können als bewaffnet. Hierdurch wird ein allgemeiner europäischer Konflikt entstehen, in dessen erster Etappe wir den Druck der gesamten deutschen Macht werden aushalten müssen."

Weiter heißt es in der Nachricht vom 29. März: „Botschafter Bullitt nahm sich meine Ausführungen sehr zu Herzen und bat mich, sie noch einmal zu

wiederholen. Ich sah, daß er jeden Absatz im Gedächtnis festzuhalten versuchte. Später fragte er mich, ob wir ein gemeinsames Bündnis annehmen würden, wenn England und Frankreich uns morgen ein solches vorschlagen sollten.“

Dieses Gespräch, das gut eine Woche vor Lukasiewicz’ Berichterstattung stattfand, war offenbar die Geburtsstunde des englischen Blankoschecks und der dann am 31. März 1939 auch offiziell verkündeten Garantieerklärung an Polen.

Anders als sein Botschafter Lukasiewicz hatte Außenminister Beck keinerlei Skrupel, sich auf den von Roosevelt entwickelten und von Bullitt überbrachten Plan einzulassen. Im blinden Vertrauen auf die Unterstützung durch England und Frankreich ließ er sich zu Provokationen hinreißen, die Hitler nur die Wahl zwischen einem Gesichtsverlust und einem Krieg mit Polen ließen.

Wie der britische Militärhistoriker Basil Liddell Hart schreibt, hatte sich Józef Beck offenbar auch von persönlichen Motiven verleiten lassen: „Oberst Beck erklärte, er habe bei seiner Zusammenkunft mit Hitler im Januar nur schwer dessen Bemerkung schlucken können, Danzig ‚müsse' zurückgegeben werden, und er halte das britische Angebot für eine Möglichkeit, Hitler eine Ohrfeige zu geben. Dieser Impuls war typisch für die Art und Weise, in der oft über das Schicksal von Völkern entschieden wird."

Literatur

Aly, Götz *Hitlers Volksstaat: Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus.* Fischer, Frankfurt am Main 2011.

Bavendamm, Dirk *Roosevelts Krieg: 1937 – 1945*. Herbig, München 1993.

Black, Edwin *The Transfer Agreement. The Dramatic Story of the Pact Between the Third Reich and Jewish Palestine*. Dialog, Washington, D.C. 2009.

Breitman, Richard *Staatsgeheimnisse. Die Verbrechen der Nazis – von den Alliierten toleriert*. Goldmann, München 2001.

Davies, Norman *Die Große Katastrophe. Europa im Krieg 1939 – 1945*. Droemer, München 2009.

Deschner, Karlheinz *Mit Gott und dem Führer. Die Politik der Päpste zur Zeit des Nationalsozialismus*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1988.

Döscher, Hans-Jürgen *Reichskristallnacht: Die November-Pogrome 1938*. Ullstein, Berlin 1988.

Ferguson, Niall *Der Krieg der Welt. Was ging schief im 20. Jahrhundert?* Propyläen, Berlin 2007.

Fest, Joachim *Hitler. Eine Biographie.* Propyläen, Frankfurt am Main 1973.

Friedländer, Saul *Das Dritte Reich und die Juden*. Beck, München 2007.

Haffner, Sebastian *Anmerkungen zu Hitler*. Fischer, Frankfurt am Main 1981.

Hamann, Brigitte *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*. Piper, München 2012.

Hilberg, Raul *Die Vernichtung der europäischen Juden.* Fischer, Frankfurt am Main 2010.

Hinsley, Francis H. *British Intelligence in the Second World War*. Stationary Books, London 1981.

Jansen, Hans *Der Madagaskar Plan. Die beabsichtigte Deportation der europäischen Juden nach Madagaskar*. Herbig, München 1997.

Kershaw, Ian *Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung*. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1999.

Kunert, Dirk *Ein Weltkrieg wird programmiert. Hitler, Roosevelt, Stalin: Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges nach Primärquellen*.

Ullstein, Frankfurt am Main 1986.

Löw, Konrad *"Das Volk ist ein Trost." Deutsche und Juden 1933 – 1945 im Urteil der jüdischen Zeitgenossen.* Olzog, München 2006.

Longerich, Peter *„Davon haben wir nichts gewusst!" Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933 – 1945.* Pantheon, München 2007.

Magenheimer, Heinz *Kriegsziele und Strategien der großen Mächte: 1939 – 1945*. Onsing, Bielefeld 2006.

Maser, Werner *Der Wortbruch. Hitler, Stalin und der Zweite Weltkrieg.* Heyne, München 1994.

Mommsen, Hans *Das NS-Regime und die Auslöschung des Judentums in Europa*. Wallstein, Göttingen 2014.

Nash, George *Freedom Betrayed. Herbert Hoover's Secret History of the Second World War and Its Aftermath*. Hoover Institution Press, Stanford, 2011.

Overy, Richard *Der Bombenkrieg: Europa 1939 – 1945.* Rowohlt, Reinbek 2014.

Pressac, Jean-Claude *Die Krematorien von Auschwitz. Die Technik des Massenmordes*. Piper, München 1994.

Reich-Ranicki, Marcel (Hrsg.) *Meine Schulzeit im Dritten Reich. Erinnerungen deutscher Schriftsteller*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1988.

Reuth, Ralf Georg *Hitlers Judenhass. Klischee und Wirklichkeit.* Piper, München 2009.

Schubert, Günter *Der Fleck auf Uncle Sams weißer Weste. Amerika und die jüdischen Flüchtlinge 1938 – 1945*. Campus, Frankfurt am Main, 2003.

Sternheim-Peters, Eva *Habe ich denn allein gejubelt? Eine Jugend im Nationalsozialismus.* Europa Verlag, München 2015.

Topitsch, Ernst *Stalins Krieg. Die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen als rationale Machtpolitik.* Olzog, München 1985.